

Frankfurter Allgemeine

# Dossier 10

Juli 2021

Wofür stehen die Grünen?

## 50 Shades of Green

Am 26. September finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Die Grünen rechnen sich gute Chancen aus, dabei die zweitstärkste politische Kraft zu werden und zumindest als Koalitionspartner der CDU künftig den politischen Kurs mit zu bestimmen.

Nachdem die Grünen im Frühling wochenlang die Umfragen anführten, haben allerdings, als der frisierte Lebenslauf ihrer Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock nach mehreren Korrekturen ans Licht kam und sie bekannte, erhebliche Einkünfte nicht der Bundestagsverwaltung gemeldet zu haben, der Ruf der Partei und ihre Umfragewerte Schaden gelitten.

Misstrauisch stimmt zudem viele potentielle Wähler, dass viele Grüne von einem grundlegenden gesellschaftlichen Umbau träumen, der, so die Gegner, mit bedeutenden wirtschaftlichen Risiken und Verbraucherkosten einhergehen wird.

Baerbocks  
neues Buch  
Seite 4

Grüne  
Industriepolitik  
Seite 8

Ein netter  
Parteitag  
Seite 10

Schwarz-grüne  
Tendenzen  
Seite 13

Grün gegen  
Grün  
Seite 15

Die Grünen  
und der Osten  
Seite 17

Die Angst vor  
dem Linksruck  
Seite 20

Der Umfragen-  
Absturz  
Seite 23

Grünes Wellenreiten  
Seite 27

Die Grünen und  
das Militär  
Seite 33

# Inhalt

|   |            |
|---|------------|
| <b>Editorial.....</b>                   | <b>S.3</b> |
| Ein konsensfähiges Leben.....           | S.4        |
| Probe aufs Exempel.....                 | S.8        |
| Weitgehend unfallfrei.....              | S.10       |
| Bereit für Schwarz-Grün.....            | S.13       |
| Die grüne Idylle.....                   | S.15       |
| Zu weit weg von der Lebensrealität..... | S.17       |
| Jetzt bloß kein Linksruck.....          | S.20       |
| Harte Landung.....                      | S.23       |
| Auf der großen Welle.....               | S.27       |
| Srebrenica brachte die Wende.....       | S.33       |
| Sehr fern und doch ganz nah.....        | S.38       |
| Grüne ohne Land.....                    | S.42       |
| Schnittblumenfreie Zone.....            | S.44       |

# Impressum

**Frankfurter Allgemeine Dossier**  
eMagazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, 2021.  
Alle Rechte vorbehalten.

**Verantwortlich**  
Carsten Knop

**Redaktion und Gestaltung**  
Hans Peter Trötscher

**Projektleitung**  
Olivera Kipic (Leiterin F.A.Z.-Archiv)

**Autoren**  
Mark Siemons, Helene Bubrowski, Julia Löhr, Jasper von Altenbockum, Stefan Locke, Simon Strauß, Reinhard Veser, Markus Wehner, Reinhard Müller

**Fotos**  
F.A.Z.-Foto / Wolfgang Eilmes / Lucas Bäuml. Adobestock.com.  
Titelbild: adobestock.com

**Produktion**  
F.A.Z.-Research

**Anschrift**  
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main

**Geschäftsführung**  
Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für Inhalte des Frankfurter Allgemeine Dossiers unter [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de), Kontakt: [nutzungsrechte@faz.de](mailto:nutzungsrechte@faz.de)

# Die Metamorphose der Grünen



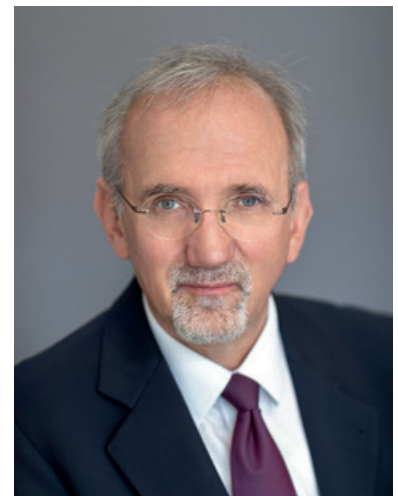
**W**er die Grünen schon erlebt hat, als sie 1983 erstmals in den Deutschen Bundestag einzogen, muss sich fragen, ob er seinen Erinnerungen noch trauen kann. Ist es wirklich möglich, dass die vom Kanzleramt magisch angezogenen Grünen von jener vogelwilden Truppe abstammen, die alles andere sein wollte als eine staatstragende Partei? In der Fundis und Realos bis auf die Stricknadel um den Kurs stritten? Die dem imperativen Mandat huldigte und ihre Abgeordneten nach der halben Amtszeit zur Weitergabe des Sitzes nötigte aus Sorge, die Macht könne selbst die Grünen der ersten Stunde verführen?

Ja, es handelt sich um ein und dieselbe Partei. Sie hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten allerdings mehrfach gehäutet, meistens unter Schmerzen. Am Beispiel der Grünen zeigt sich die enorme Integrationskraft des politischen Systems unserer Republik. Aus der ursprünglichen Gegnerschaft (um nicht zu sagen: Feindschaft) der Grünen zur repräsentativen Parteiendemokratie ist Systembejahung geworden. Der Bürgerschreck von damals buhlt nun wie CDU, CSU, SPD und FDP um die Gunst der bürgerlichen Mitte. Annalena Baerbock und Robert Habeck geben sich alle Mühe, um den Deutschen, die sich an die radikalen und chaotischen Zeiten erinnern können, die Angst vor der Machtübernahme durch die Grünen zu nehmen. Und die grüne „Basis“, die selbst noch Joseph Fischer das Leben als Vizekanzler schwer machte bis zum Trommelfellriss, folgt ihrem Führungsduo so brav und gehorsam, dass im Vergleich die CSU aufmüpfig wirkt.

Doch die Grünen haben nicht alle alten Überzeugungen abgelegt. Sie glauben nach wie vor genau zu wissen, was für Deutschland gut ist. Auch die übrige Welt soll am grünen Wesen genesen. Eine starke Klammer für die Partei geblieben ist die Überzeugung, die Bürger an die Hand nehmen und zu besseren Menschen erziehen zu müssen. Und das nicht nur auf dem Feld des Klimaschutzes, auf dem die Grünen die anderen Parteien vor sich her treiben. Die Grünen bieten als „neue Volkspartei“ ein Vollprogramm an, in mehrfacher Hinsicht. Hinter der glatten Baerbock-Habeck-Fassade sind unterschiedliche Vorstellungen von einer grünen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik beheimatet, immer noch auch die Träume von der „anderen Republik“.

Das Wahlergebnis für die Grünen hängt nicht nur davon ab, wie gut oder schlecht die Kanzlerkandidatin sich noch schlägt. Entscheidend wird sein, wie groß nach sechzehn Jahren Merkel die Lust der Deutschen auf Experimente ist. Die Grünen sind, daran hat ihre Metamorphose nichts geändert, weiter für Überraschungen gut, in der einen wie der anderen Richtung.

Ihr  
Berthold Kohler





# Ein konsensfähiges Leben

**Wie Annalena Baerbock in ihrem Buch "Jetzt" die neue Rolle der Grünen zu verkörpern versucht.**

Von Mark Siemons

**D**ie Oma von Annalena Baerbock kommt in deren am Montag erscheinendem Buch "Jetzt" mindestens drei Mal vor. Zuerst in der Widmung: "Für meine Oma und all die Generationen, die so viel erlitten, erkämpft und geleistet haben und auf deren Schultern wir heute stehen." Dann auf Seite 72: "Jedes Mal, wenn ich unsere beiden Beistelllampen am Abendbrottisch anknipse, habe ich ihre Stimme im Ohr: 'Mein Gott, Annalena, wie viel Lampen habt ihr denn an. Wie viel Strom das kostet!' Ich bin überzeugt, dass Klimaschutz heute ein Projekt ist, das die Generationen vereinen kann." Und dann die Passagen, in denen die 1958 aus Oberschlesien nach Niedersachsen ausgesiedelte Frau in der Essnische im Flur ihrer Enkelin von den furchtbaren Erlebnissen bei den Flüchtlingstrecks im Krieg erzählt:

"Diese wahnsinnig stolze, selbstbewusste und vor allem lebensbejahende Frau war rückblickend ein Hauptantrieb dafür, dass ich eine Leidenschaft für Europa- und Völkerrecht entwickelte."

Offenbar gab es zwischen Baerbock und ihrer Großmutter eine besondere Nähe. Aber noch aus einem anderen Grund sind diese mehrfachen Erwähnungen bedeutsam. Denn fast alle biographischen Details, die die Kanzlerkandidatin der Grünen in diesem Buch preisgibt, verbindet sie mit einer politischen Lehre, die sich dann auch im Wahlprogramm ihrer Partei wiederfindet.

Und zentral ist hier: Die Oma kommt erkennbar nicht aus dem linksliberalen akademischen westdeutschen großstädtischen Milieu, das man gemeinhin mit den Grünen verbindet und das vonseiten anderer Schichten Ressentiments auf sich zieht. Gerade deshalb steht sie für das Projekt der die Generationen und Klassen überschreitenden Gemeinsamkeit, das "Jetzt", das Buch, durchzieht. Ihre Eigen-

schaften als starke Frau, ihre Sparsamkeit und ihre Migrationserfahrungen machen sie, so legt Baerbock nahe, zur potentiellen Unterstützerin jener Art Erneuerung, die der Partei vorschwebt.

Die grünen Strategen sehen sich in diesen Tagen nicht nur der Gefahr ausgesetzt, dass sie die Wahl verlieren. Sondern auch der, dass sie die Wahl gewinnen und die Gesellschaft dadurch mehr und tiefer denn je gespalten wird. Als Anne Will nach der Sachsen-Anhalt-Wahl Robert Habeck fragte, welche Fehler denn nun dazu geführt hätten, dass die Grünen so schlecht abschnitten, antwortete der mit einer Ausführung über die Spaltung der Gesellschaft in zwei völlig getrennte Diskurswelten. Damit war erst einmal das Ost-West-Verhältnis gemeint, das bei der Landtagswahl wichtig gewesen war, dann aber auch ein Auseinanderfallen der Öffentlichkeit insgesamt: "Wie schaffen wir es, eine gemeinsame Debatte zu führen, damit nicht die eine Hälfte Anne Will guckt und die andere sagt, das geht ja völlig an unserer Lebenswirklichkeit vorbei?" Das ist eine zuletzt öfters gestellte Frage, doch aufschlussreich ist, dass der Vorsitzende der Grünen sie direkt auf seine Partei bezieht. Er weist ihr damit eine neue Rolle zu: als besonders verletzte Hauptrepräsentantin eines auch von den anderen demokratischen Parteien geteilten Mainstreams.

Direkt sprach Habeck das in einem Gespräch mit der Zeitschrift Der Spiegel aus. Nach der Möglichkeit befragt, dass die Grünen das Kanzleramt erobern und sich in der Folge "mehr Menschen entfremdet" fühlen, antwortete er: "Der Vorteil ist vielleicht, dass wir die Gefahr, die Sie beschreiben, sehen." In den letzten dreieinhalb Jahren hätten die Grünen "intensiv darüber nachgedacht, welche Rollenveränderung" das für sie bedeute: "Wir haben uns vorgenommen, uns nicht mehr als Nischen- und Minderheitenpartei zu verstehen, sondern in die Mitte zu ziehen. Unsere Aufgabe ist es, diese neue Rolle durchzuhalten." Die Positionsbestimmung "Mitte" markiert für die Grünen heute also

ein doppeltes Ziel: nicht nur wie schon bisher die frühere Identität als Protestbewegung abzustreifen, sondern zugleich auch, die gerade durch diese etablierte Stellung verstärkten und von rechten Demagogen ausgenutzten Abwehrreflexe aufzulösen und ins Leere laufen zu lassen.

Wie artikuliert sich nun ein Ich, das eine solche neue Rolle repräsentiert und ausfüllt? Baerbock als Autorin achtet darauf, nur solche Einzelheiten aus ihrem Leben zu berücksichtigen, die konsensfähig sind oder wenigstens kein erhöhtes Risiko aufweisen, Anstoß zu erregen. Die "beiden Beistelllampen am Abendbrottisch" etwa, die der Erinnerung an die Oma Kolorit geben, dürften die Kluft zwischen alter und "neuer Mittelklasse" (Andreas Reckwitz) ohne Weiteres überbrücken und somit weite Teile der Gesellschaft ins Boot holen. Der Information, dass sie in ihrer früheren Wohnung in Berlin Mitte das "Ochsenblut von den Dielen geschliffen" habe, lässt sie in Klammern ein "(einmal und nie wieder)" folgen - wer könnte das nicht nachfühlen? Wert legt die Verfasserin auch auf die Feststellung, wie sehr sie sich auf dem Land, wo sie aufgewachsen ist, nach einem Auto gesehnt habe - das dürfte allen Hassern der Autohasserpartei den Wind aus den Segeln nehmen. Überhaupt: "Ich gehöre zu einer Generation, die weder jung noch alt ist, sondern mittendrin." Diese Kandidatin erweckt den Eindruck, ganz generell und unter jeglichem Aspekt "mittendrin" zu sein.

Es ist das glatte Gegenteil jener Protzerei, die man ihr in der Lebenslauf-Debatte unterstellt hatte. Skrupulös scheint sie darauf bedacht zu sein, nichts Besonderes, von imaginierten Mehrheiten Abgehobenes in ihrer Biographie zuzulassen. Der Preis dieses Zentrismus ist allerdings, dass man in diesem politischen Selbstporträt nichts über ihren politischen Werdegang im engeren Sinn erfährt. Was außer ihrer Oma sie zur politischen Wissenschaft gebracht hat, welche Ideen und welche Bücher für sie wichtig waren, ob und wie sich ihr Denken verändert hat, über all dies verrät sie nichts. Das einzige Buch, das

in "Jetzt" vorkommt, ist das Jugendbuch "Kannawoniwasein! Manchmal muss man einfach verduften", aus dem sie einmal einer fünften Klasse vorgelesen hat. Bei ihrer Buchpräsentation am Donnerstag auf der Dachterrasse des Berliner Hauses der Kulturen der Welt gab Baerbock indirekt eine Begründung für diese Enthaltung: Sie habe versucht, "von den Menschen her zu denken und nicht von den Konzepten her, weil Konzepte auf unterschiedliche Menschen auch unterschiedlich wirken".

Besser die Ideen also ganz beiseitelassen, bevor sie möglicherweise die Zustimmung, den Mittendrin-Status gefährden. Es ist eine vor allem auf Pragmatismus, guten Willen und Staatsvertrauen gegründete Vorstellung von Politik, die da zum Ausdruck kommt. Innerhalb der Geschichte der Grünen ist das eine bemerkenswerte Entwicklung. Baerbock beschreibt diesen Weg, indem sie sich an ihre Sozialisation in einem Haushalt erinnert, in dem immer die Broschüren von Amnesty International auslagen und in dem sie als Kind von ihren Eltern zu Anti-Atomkraft- und Friedensprotesten mitgenommen wurde, bei denen "es gegen den Staat" ging. Die Demonstrationen ihrer eigenen Generation für bessere Schulen und gegen Castor-Transporte hätten dagegen einen anderen Rahmen gehabt: "Den Staat und seine Institutionen betrachteten wir nie als etwas Feindliches." Für das Kapitel wählt sie die Überschrift: "Von Staatskritikern (ungegendert) zu Verfassungspatriot\*innen". Der Pragmatismus ist für Baerbock offensichtlich nicht nur Taktik. "Wir müssen im Widersprüchlichen das Verbindende suchen", heißt das Motto, mit dem sie, sicher nicht in Übereinstimmung mit der gesamten Partei, eine Politik forciert Wokeness (die sie so nicht nennt) zurückweist: "Die Antwort auf nationalistische identitäre Politik ist nicht, die Muster von abgegrenzten Gruppenidentitäten zu verstärken."

Alle Gegensätze lassen sich aus dieser Sicht miteinander versöhnen, "Schluss mit dem Aufbau künstlicher Feindbilder", heißt

es an einer Stelle. Wahrscheinlich liegt es nicht zuletzt an Baerbocks Anpack-Mentalität (wenn irgendwo was rumliegt, räumt sie es auf), dass sie die verschiedenen Themen des Wahlprogramms in ihrem Buch eher unsystematisch abhandelt; ein spezifischer ganz eigener Gedanke ist da weder in der großen Linie noch in den einzelnen Fachthemen, in der Klima-, in der Sozial- und Außenpolitik, auf den ersten Blick zu erkennen. Und doch findet sich an fast etwas verborgener Stelle ein Begriff, der ihren alles mit jedem verbindenden Ansatz perfekt zum Ausdruck zu bringen scheint. Sie lässt dieses Wort auch immer häufiger in ihre Reden und Interviews einfließen: "Daseinsvorsorge".

Das ursprünglich von dem Staatsrechtler Ernst Forsthoff, einem Carl-Schmitt-Schüler, 1937 entwickelte Konzept bezeichnet die infrastrukturellen Leistungen des Staates, auf die die Menschen seit der industriellen Revolution angewiesen seien. Seine existenzialistische Tönung hat der Begriff durch die Selbstverständlichkeit, mit der er seither in der Verwaltung gebraucht wird, längst verloren; er steht meist für kommunale Dienstleistungen wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder auch die Müllabfuhr. Baerbock nimmt den Begriff zunächst in diesem ganz konkreten, lokalen Sinn. In einem grünen Impulspapier bezeichnet sie eine "flächendeckende Daseinsvorsorge" entsprechend als ein Leitmotiv der von ihr angestrebten Bundesregierung und meint damit gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land. Doch im Buch weitet sie den Begriff dann zu einer allgemeinen Vorsorgepflicht des Staates auch für so globale Risiken wie Klimakrise, Cyber-Kriege und Pandemien aus. Das ist der Schlüssel dafür, dass "Daseinsvorsorge" als universeller Dachbegriff für das Zusammengehen von Klimaschutz, Sozialpolitik und Marktwirtschaft taugen kann, das Baerbock propagiert. Ein so gigantisches Projekt wie die Umgestaltung der Gesellschaft im Zeichen des Klimaschutzes könne nur funktionieren, wenn der Staat zugleich für "soziale Sicherheit im Übergang" Sorge. Ansonsten

sei der Boden der Politik selbst gefährdet:  
"Wenn die Daseinsvorsorge bröckelt, bröckelt das Vertrauen in unseren Staat."

Ob Baerbock allerdings dem verwaltungstechnischen Begriff sein existenzielles Pathos zurückgeben und dadurch die Massen gewinnen kann, scheint ihr selber fraglich zu sein; sonst hätte sie den Slogan mehr in den Vordergrund gerückt. Was dem Buch und Baerbocks Verkörperung des neuen grünen Gesamtvertretungsanspruchs fehlt, ist eine gewisse Spannung. Nur in einem Abschnitt kommt die zum Vorschein, da geht es ums Trampolinspringen, das die Jugendliche als Leistungssport betrieben hatte (drei Bronzemedailles bei deutschen Meisterschaften). Schon die Turnlehrerin hatte Baerbock "eine besondere Sprungkraft" bescheinigt, und sie selber resümiert ihre Erfahrungen mit dem Sport ebenso präzise wie glaubwürdig: "Man braucht eine Menge Kondition und Körperbeherrschung, Spannung im ganzen Körper und eben Mut, immer wieder Neues zu wagen." Hier lässt sich die Sprungkraft erahnen, die sie auch ins Zentrum der Politik führt, eine Sprungkraft, die sie aber im Interesse der Allgemeinverträglichkeit aus der Politik selbst so weit es geht herauszufiltern versucht.

**Annalena Baerbock: "Jetzt. Wie wir unser Land erneuern". Ullstein Verlag, 240 Seiten, 24 Euro.**

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Probe aufs Exempel

Baerbocks Klimapläne und die Stahlarbeiter



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.06.2021

## Eisenhüttenstadt trägt den Hochofen in seinem Wappen, und die Eisenhüttenstädter sind stolz darauf.

Von Helene Bubrowski, Eisenhüttenstadt

**C**hris Rücker ist besonders stolz. Er hat am Hochofen gelernt, und da möchte er bleiben und weiter das glühende Roheisen und die Schlacke in die richtigen Rinnen lenken. Jetzt steht der Hochöfner in der Werkshalle von ArcelorMittal und stemmt die Hände in die Hüften. "Wir finden es nicht okay, wenn in fünf Jahren kein Hochofen mehr da ist", sagt er. Es geht ihm dabei nicht nur um Emotionen, sondern auch um sehr Handfestes: "Was wird aus den gut bezahlten Arbeitsplätzen? Sie reden immer von Zukunft, aber irgendwann müssen wir auch mal ankommen in der Zukunft. Die Leute brauchen Sicherheit."

Vor Rücker steht Annalena Baerbock, die grüne Kanzlerkandidatin. Es war ein ziemlich frontaler Angriff, aber Baerbock nickt

verständnisvoll. "Sie brauchen die Sicherheit, weiterhin Ihren Lohn zu bekommen." Und ja, fünf Jahre seien eine sehr kurze Zeit. An den eigenen Kindern sehe sie, wie schnell die Jahre vergingen. Aus Sicht der Belegschaft sind auch die Vorschläge Baerbocks ein frontaler Angriff. Sie meint, dass der Stahl in Eisenhüttenstadt künftig klimaneutral produziert werden müsse, also in einem Elektrolichtbogenofen statt im Hochofen. Doch Baerbock steht nicht allein in der Höhle des Löwen. Über das Ziel ist sie mit der Geschäftsführung von ArcelorMittal einig. "Wir wollen in Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen und bereits ab 2026 bis zu 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren", sagt Reiner Blaschek, der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens. Doch der Umbau sei teuer, ohne Förderung gehe das nicht.

Baerbocks Botschaft an diesem heißen Freitagvormittag in Ostbrandenburg soll sich daher nicht um Forderungen drehen, sie will dem Unternehmen und der Belegschaft ein Angebot machen: Wenn es nach



den Grünen geht, sollen Unternehmen, die auf klimaneutrale Produktion umstellen, finanzielle Unterstützung bekommen. Baerbock nennt das "Pakt zwischen Industrie und Politik". Doch mit den Details der Klimaschutzverträge, über die Baerbock so gerne spricht, hält sie sich in der Werkshalle zurück. Sie bemüht sich, keine Vorträge zu halten, sondern ein Gespräch mit den Arbeitern zu führen. Und sie achtet auf ihre Worte. Die Grünen haben sich abgewöhnt, über "schmutzigen Stahl" oder "dreckige Kohle" zu reden. Irgendwann haben sie verstanden, dass das die Menschen verletzt.

"Wir machen uns große Sorgen", sagt ein Auszubildender. Er könne sich kaum vorstellen, wie die Umstellung auf den Elektrolichtbogenofen so schnell gelingen solle. Dafür brauche es Wasserstoff, aber die nötige Pipeline gebe es doch noch gar nicht in Ostbrandenburg. "Darf ich fragen, wo du deine Ausbildung machst?", fragt Baerbock und führt aus, dass man Fördermittel künftig bündeln müsse, damit kein Geld versande.

Holger Wachsmann von der IG Metall Ostbrandenburg ist am Freitag auch bei ArcelorMittal. Er will so etwas sein wie der Vermittler zwischen den Welten. "Die Leute in Ostdeutschland haben schon Transformationsprozesse hinter sich", sagt er. In Eisenhüttenstadt, dieser einstigen Planstadt um das Eisenhüttenkombinat Ost, sei die Umstellung zur Marktwirtschaft gut gegangen, aber woanders nicht. "Der Umbau muss gelingen, das ist ein Fakt", sagt Wachsmann, aber er warnt vor einer "noch größeren Radikalisierung", wenn die Leute auf der Strecke blieben. AfD würden hier schon einige wählen, sagt ein Arbeiter abseits der Pressekonferenz, aber die Grünen keiner. Schon gut, dass Baerbock gekommen sei, aber sie hätte sich ruhig etwas mehr Zeit nehmen können. Der Betriebsratsvorsitzende hat alle Fragen, für die am Freitag keine Zeit war, in einem Brief zusammengefasst, den Baerbock mit nach Berlin nehmen soll. "Es wäre schön,

wenn Sie trotz des Wahlkampfs Zeit dafür finden."

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Weitgehend unfallfrei

Frankfurter Allgemeine Zeitung,  
14.06.2021

**Im Großen und Ganzen läuft der Parteitag gut für die Grünen. Nur Annalena Baerbock stolpert bei ihrer Rede ein bisschen.**

Von Helene Bubrowski, Berlin

**K**arl-Wilhelm Koch gehört zur Folklore grüner Parteitage. Dieses Mal stammten sechzehn der rund 3200 Änderungsanträge von dem Berufsschullehrer aus dem Kreisverband Vulkaneifel. Koch gehörte auch das vorletzte Wort. Er warb dafür, das letzte Kapitel des Wahlprogramms komplett zu streichen und durch einen Zehn-Punkte-Plan zu ersetzen, der die rote Linie für Koalitionsverhandlungen festschreiben sollte. Die Antwort auf Koch und damit die letzte Rede auf dem Parteitag gehörte der Ko-Vorsitzenden Annalena Baerbock. Was sie sagte, war keine Überraschung, sie sprach von breiten Bündnissen, um Mehrheiten zu schaffen, von einer neuen Art von Politikverständnis. Auffällig war, wie sie es sagte - vor allem im Vergleich zu ihrem Auftritt am Vortag. Am Sonntag wirkte die grüne Kanzlerkandidatin weniger verspannt, fast gelöst. Kurz vor dem Parteitag hatten Grüne befürchtet, dass das Wochenende ein Desaster werden könnte. Unter den Änderungsanträgen, die zur Abstimmung standen, waren

etliche mit dem Potential, den Grünen den Wahlkampf zu verhaseln: ein Spitzensteuersatz von 53 Prozent etwa, Tempolimit von siebzig Stundenkilometern auf Landstraßen, eine weitere Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises oder die Idee, den Begriff "Deutschland" aus dem Titel des Wahlprogramms ("Deutschland. Alles ist drin.") zu streichen. Schon die Unregelmäßigkeiten bei Baerbocks Nebenverdiensten und die Fehler in ihrem Lebenslauf hatten der Partei zuletzt mächtig zu schaffen gemacht.

Doch so ist es nicht gekommen. Der Parteitag verlief aus Sicht der Parteiführung weitgehend unfallfrei. Änderungsanträge der Basis, die das Programm deutlich nach links verschoben hätten, wurden jeweils von erfahrenen Rednern aus Partei oder Fraktion gekontert und dann mit meist ziemlich breiter Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Das beschlossene Parteiprogramm weicht nur in wenigen Punkten vom Beschluss des Parteivorstands ab. Prominente Gäste sprachen, darunter die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright, der frühere Siemens-Chef Joe Kaeser und die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja. Baerbock und der Ko-Vorsitzende Robert Habeck wurden mit 98,5 Prozent der Stimmen als Spitzenduo für den Wahlkampf bestätigt, ein ziemlich sozialistisches Er-

gebnis. Eine separate Abstimmung über die Kanzlerkandidatin gab es nicht - und so war ein Vergleich von Ergebnissen von vornherein ausgeschlossen.

Baerbocks Rede am Samstag war als Höhepunkt des Parteitags angekündigt, Grüne hofften auf einen Befreiungsschlag nach all den schlechten Schlagzeilen. Nach der Rede standen die hundert Neumitglieder, die in die Halle unter einem Kreuzberger U-Bahnhof kommen durften, und klatschten, was das Zeug hielt. Ebenso wie die wenigen Parteifunktionäre, die anwesend waren. Doch Baerbock selbst lächelte ziemlich gequält. Habeck kam auf sie zu, um sie von der Bühne abzuholen. Das Mikrofon war noch an: "Scheiße", sagte Baerbock, dann war der Ton weg. Wie es in grünen Kreisen heißt, ärgerte sie sich über verschiedene Stolperer. Sie klebte an ihrem Redemanuskript, verschluckte immer wieder ein Wort. Einmal musste sie einen Satz noch mal ganz von vorne beginnen. Anders als Habeck tut sich Baerbock mit Online-Formaten schwer. Nun wollte sie auf keinen Fall Fehler machen, und dann passierte genau das.

Baerbock begann mit einem Dank an ihren Ko-Vorsitzenden. "Robert, dich an meiner Seite zu wissen hat mir Kraft gegeben und volle Power." Habeck hatte am Tag zuvor zu Solidarität unter Grünen aufgerufen, dazu, "mit Gelassenheit und Stärke durch dick und dünn zu gehen". In den nächsten vierzig Minuten vollführte Baerbock einen Ritt quer durch das grüne Wahlprogramm. Veränderung sei nötig, um Halt und Sicherheit zu schaffen, so lautete das Leitmotiv der Rede. Der Kampf gegen die Klimakrise zwingt zu Veränderungen. Der Wohlstand des vergangenen Jahrhunderts sei auf dem Verbrennen von Kohle, Öl und Gas gebaut worden. Doch das zwanzigste Jahrhundert sei vorbei. "Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral, die Produkte der Zukunft werden klimaneutral und die Dienstleistungen auch", sagte Baerbock. Die Frage sei nicht, ob das so kommen werde, sondern wer die Herausforderung am besten angehe.

Erstmals seit Jahrzehnten liege "echter Wechsel in der Luft", sagte Baerbock. Eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung stellte sie in eine Linie mit anderen großen Umbrüchen, in denen "Menschen den Mut hatten, entscheidende Weichen zu stellen": dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, der friedlichen Revolution in der DDR, dem Weg in ein geeintes Europa.

Baerbock wandte sich ausdrücklich an Menschen außerhalb des grünen Milieus: "Dem Wohle aller zu dienen - das ist unser Kompass." Wenn sie "wir" sage, seien damit nicht nur die Mitglieder der eigenen Partei gemeint, sondern "mit ,wir' meine ich jeden Bürger und jede Bürgerin". Die Wahl in Sachsen-Anhalt, wo die Grünen am vergangenen Sonntag gerade mal 5,9 Prozent eingefahren hatten, hatte der Partei vor Augen geführt, dass ihre Themen, vor allem der Kampf gegen den Klimawandel, gerade im Osten und auf dem Land nicht so gut ankommen. Um zu zeigen, dass sie die Lage verstehe, erzählte sie ihre eigene Geschichte, wie sie "zwischen Zuckerrüben auf dem platten Land" aufgewachsen sei, wie das Auto für sie mit 18 Jahren die "große Freiheit" gewesen sei. Und sie erzählte von ihrer Mutter, der es erst gegen Widerstände gelungen sei, auf der Schule zu bleiben und später noch Sozialpädagogin zu werden. Was alles möglich ist, wenn man nur will, wollte Baerbock damit sagen. Doch man könnte auch denken: Was in diesem Land schon alles möglich ist, ganz ohne die Grünen.

In den inhaltlichen Punkten hatte sich Baerbock in einer Frage verschätzt, doch im Ergebnis ist die Sache in ihrem Sinne ausgegangen: die Frage nach der Beschaffung bewaffneter Drohnen. Baerbock hatte hier schon mal eine gewisse Offenheit angedeutet, zum Schutz der Soldaten, sofern die Einsatzregeln strikt festgelegt würden. Doch die Linken in der Partei und im Bundesvorstand sind strikt gegen die Beschaffung von Drohnen, das entspricht auch der Beschlusslage der Bundestags-

fraktion. Im Entwurf zum Wahlprogramm tauchte das Thema ursprünglich gar nicht auf, der Bundesvorstand der Grünen wollte den Konflikt vom Parteitag fernhalten. Das zeugte nicht von besonderem Gespür für die eigene Partei. In sicherheitspolitischen Debatten unter Grünen spielt das Thema eine große Rolle.

Schnell wurde klar, dass man das Thema nicht abräumen kann, indem man sich nicht positioniert. Drei Anträge gab es zu den Drohnen: Anschaffen, weil sie helfen können, Soldaten im Einsatz zu schützen, die Frage der Anschaffung aufschieben und erst Einsatzregeln beraten und die konsequente Ablehnung, weil die Nutzen und Risiken nicht in akzeptablem Verhältnis zueinander stünden. Mit vier Stimmen Mehrheit setzte sich die Position durch, die eine Tür für die Drohnen-Beschaffung offen hält. Ausgerechnet Jürgen Trittin, ein Parteilinker, hatte mit den Worten dafür geworben, dass man "mit schrecklicher Realität verantwortungsbewusst" umgehen müsste. Trittin gehört zur Bundestagsfraktion, die erst jüngst ihre Ablehnung der Drohnen bekräftigt hatte.

Bei einem anderen sicherheitspolitischen Thema mit ähnlicher symbolischer Bedeutung blieben die Grünen bei der bekannten Position: dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Die Grünen stimmten mit großer Mehrheit gegen den Änderungsantrag von Parteimitgliedern, die die pauschale Ablehnung für falsch halten. Dadurch wüchsen unnötig Zweifel an der Verlässlichkeit Deutschlands unter grüner Führung, so das Argument. Doch nur knapp hundert Delegierte sahen es so, 550 waren dagegen. Im Parteiprogramm ist die Rede von einer "strategischen Neuaufstellung der NATO" und einer "fairen Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten".

Die Charmeoffensive gegenüber der Polizei bekam auf dem Parteitag einen Dämpfer. Die Parteispitze plädiert seit Jahren für die Stärkung der Polizei, die Bundestagsfraktion veranstaltet Polizeikongresse. Im Wahlprogramm gibt es gar ausdrückliches Lob für die Beamten. Zusätzlich zu den netten Worten wollte der grüne Bundes-

vorstand den Polizisten eigentlich auch die Befugnis zubilligen, verschlüsselte Kommunikation mittels Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) auszulesen. Doch die Mehrheit der Delegierten stimmte dagegen. Es war die einzige Abstimmung, die zu einer echten Veränderung im Wahlprogramm führte. Im Wahlprogramm heißt es nun, "das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ)" werde abgelehnt. Nach Angaben in Sicherheitskreisen werden neunzig Prozent der Nachrichten heute über Telemediendienste wie Facebook, Whatsapp oder Telegram verschickt, die die Nachrichten von Ende zu Ende verschlüsseln und wo traditionelle Überwachung ins Leere läuft.

Ursprünglich hieß es im Programmmentwurf, man wolle "der Polizei ermöglichen, technische Geräte anhand einer rechtsstaatlich ausgestalteten Quellen-TKÜ zielgerichtet zu infiltrieren". Das Bundeskriminalamt darf das schon lange, für Bundespolizei und Verfassungsschutz hat der Bundestag in der vergangenen Woche eine Rechtsgrundlage geschaffen. Für viele Grüne war die Kritik, die die SPD dafür einstecken musste, abschreckend. Vor dem Parteitag kam es daher zu einer Änderung des Programmmentwurfs. Die "erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken" mit Blick auf die "Quellen-TKÜ" wurden nun herausgestellt, aber immerhin sollte eine Tür offen bleiben: Für die Polizei sollten hier "klare Rechtsgrundlagen" geschaffen werden, die die Karlsruher Vorgaben beachteten. Doch das war dann doch zu viel Veränderung für die grüne Basis.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Bereit für



# Schwarz-Grün

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.06.2021

**Eine schwarz-grüne Bundesregierung ist nach diesem Parteitag der Grünen wahrscheinlicher geworden.**

Von Julia Löhr

**Z**war hat die Parteispitze in den vergangenen Wochen keinen Hehl daraus gemacht, dass ihr Wunschpartner die SPD wäre. Auch finden sich in dem am Sonntag verabschiedeten Wahlprogramm viele sozialdemokratische Positionen wie ein höherer Mindestlohn und die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes. Doch fast alle Forderungen von Parteimitgliedern, noch ambitioniertere Forderungen zu Klimaschutz und Umverteilung festzuschreiben, wurden abgeschmettert. Die Grünen bleiben damit "anschlussfähig" - auch in Richtung des nach den aktuellen Umfragen wahrscheinlichsten Koalitionspartners, der Union.

Ein Selbstläufer wären entsprechende Verhandlungen deshalb noch lange nicht. Zwölf Euro Mindestlohn und 50 Euro mehr Hartz IV im Monat dürften vor allem im

Wirtschaftsflügel von CDU/CSU auf Widerstand stoßen. Klar ist aber auch: Nach einer Wahl kann gewöhnlich keine Partei ihre Maximalforderungen durchsetzen. Ein denkbares Szenario ist, dass die Grünen für den Verzicht auf eine Vermögenssteuer auf einen höheren Steuersatz für Spitzenverdiener pochen werden. Wenn im Rahmen einer umfassenden Steuerreform zugleich die Mittelschicht entlastet würde, könnte die Union dazu schwer Nein sagen.

Nicht zu übersehen waren an diesem Wochenende die Ambitionen des Ko-Parteivorsitzenden Robert Habeck, in einer Regierung mit grüner Beteiligung Finanzminister zu werden. Sowohl zur Schuldenbremse als auch zum Steuersatz hielt er die Gegenreden. Verwunderlich ist diese Positionierung nicht. Die Erfahrungen der aktuellen Koalition lehren, dass der Einfluss des Finanzministeriums ungleich größer ist als der des Wirtschaftsressorts. Die Chancen von Annalena Baerbock, nächste Bundeskanzlerin zu werden, hat dieser Parteitag dagegen nicht vergrößert. Ihr Versprechen, in der nächsten Regierung Kinder und Jugendliche in den

Mittelpunkt der Politik zu stellen, klang eher wie die Bewerbung als Familienministerin. Dass Manager wie Joe Kaeser und Simone Menne für Baerbock als Kanzlerin werben, schmeichelt den Grünen. Aber es wird kaum reichen, um die Wahl zu gewinnen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



# Die grüne Idylle

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.06.2021

**Die Grünen wollen das Unmögliche möglich machen. Sie stehen sich dabei selbst im Wege.**

Von Jasper von Altenbockum

**D**er Parteitag der Grünen war sehr auf zwei Personen zugeschnitten, deren Namen man nicht mehr nennen muss. Doch die Tage und Wochen vor dem Parteitag und auch der Parteitag selbst müssen den Grünen gezeigt haben, dass es nicht diese beiden allein sein können, die für die Partei im September einen Wahlsieg holen werden. Die Erfahrung haben die anderen beiden Kanzlerkandidaten und deren Parteien schon hinter sich. Olaf Scholz stünde wesentlich besser da, wenn auch die SPD wieder glänzen könnte, und Armin Laschet hat von vorneherein die "Teamlösung" zu seiner Strategie gemacht. Annalena Baerbock stand in den vergangenen Wochen als Solotänzerin im Rampenlicht. Ihre Fehlritte sind umso peinlicher und stellten eine mediale Empathie

auf die Probe, von der Laschet und Scholz nur träumen konnten.

Mit dem Parteitag rückt das Programm der Grünen wieder in den Vordergrund. Das macht Baerbock das Leben nicht unbedingt leichter, aber die Solotänzerin wird wieder Teil eines Ensembles. Die Debatte über die Verteuerung des Benzins um 16 Cent und die anstrengenden Vorbereitungen zum Parteitag haben schon gezeigt, dass bei aller Disziplinierung der Partei sich ideologisch motivierte Übertreibungen und Maßlosigkeiten nicht mit idyllischen Visionen und Pirouetten übertünchen lassen. Wie die Grünen damit umgehen, wird darüber entscheiden, ob Baerbock als Kanzlerkandidatin ernst zu nehmen ist.

In ihrem Leib-und-Magen-Thema, dem Klimaschutz, scheint die Überzeugungskraft den Grünen nur so zuzufiegen. Doch sie unterscheiden sich von anderen Parteien darin, dass sie sich in den Zielen nicht überbieten lassen wollen, dadurch aber

umso mehr die Frage auftaucht, wie das denn alles erreicht werden soll. Wenn die Windkraft bis 2035 an Land um 5 bis 6 Gigawatt ausgebaut werden soll, entspricht das sicher einem schönen Plan. Aber auf einer Fläche, die weit größer ist als das Saarland? In einem Tempo, das seit Jahren versprochen wird, aber nicht annähernd erreicht worden ist? Aufgrund von Vorhersagen über den Stromverbrauch, die sich binnen zehn Jahren in ihr Gegenteil, von einer Halbierung in gigantischen Mehrbedarf verwandelt haben?

Die Klimaziele der Grünen haben seit dem Urteil aus Karlsruhe quasi ein Zertifikat bekommen. Aber abgesehen davon, dass sie (und die Koalition) dennoch draufsatteln, versprüht das Wahlprogramm der Grünen stillschweigend die Zuversicht, dass sich nicht nur die deutschen Wähler dafür begeistern, sondern gleich auch noch die chinesische Führung, die indischen Bundesstaaten, der Kreml und das Weiße Haus. Ohne deren Bereitschaft zur grünen Revolution wird der deutsche Beitrag zur Sanierung des Klimas ein Schlag ins Wasser sein, wenn auch ein beachtlicher.

Hätten es die Grünen und die deutsche Politik vermocht, die Energiewende zum Exportschlager zu machen, könnten sie jetzt größeres Vertrauen beanspruchen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Deutschland dient als Beispiel, wie man es nicht machen soll. Der wunde Punkt ist und bleibt der widersinnige Verzicht auf Kernkraft vor dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Um dieses grüne Tabu wettmachen zu können, müsste ein Wahlprogramm wenigstens zeigen, wie es international bestehen will. Dazu findet sich bei den Grünen nur eine dünne Passage über Handelsverträge und die wiederkehrende Beteuerung, deutsche grüne Technik werde den Weltmarkt erobern. Außerhalb des grünen Wahlprogramms gehen alle Überlegungen derzeit allerdings dahin, wie das deutsche (und europäische) Klimaprojekt gegen traditionelle Konkurrenz aus aller Welt abgeschirmt werden kann.

Die Grünen haben gelernt, dass solche Abenteuer in Deutschland nur ankommen, wenn soziale Sicherheit versprochen wird. Mit Klimaschutz hat es nichts mehr zu tun, wenn der CO<sub>2</sub>-Preis aus der linken Tasche bezahlt wird, der Staat das Geld anschließend aber in ausgesuchte rechte Taschen zurücksteckt. Es ist bloße Umverteilung. Gravierender ist, dass die Grünen das radikale Ende einer ganzen Industrie, vor allem deren mittelständischer Zulieferer verkünden, die soziale und ökonomische Absicherung größtenteils aber nur darin besteht, in "Reallaboren" zu experimentieren und "regionale Transformationsfonds" bezahlen zu lassen. Der Klimaschutz mag viele neue Arbeitsplätze schaffen. Ob die aber reichen, ein Land zu bewirtschaften, das immer größeren Belastungen ausgesetzt ist, steht in den Sternen. Die Grünen wollen das Unmögliche möglich machen. Sie stehen sich dabei mit ihrem planwirtschaftlichen Erbe selbst im Wege.

Das alles hält die Partei nicht davon ab, ebendiese Belastungen durch sozialpolitische Großprojekte noch zusätzlich zu verstärken. Auf dem Parteitag mag eine Linkverschiebung verhindert worden sein - ein linkes Programm, das von SPD und Linkspartei nur schwer zu überbieten ist, war es aber schon im Entwurf. Der lebt sicher auch davon, dass Deutschland nicht so weitermachen kann wie bisher. Das zweite deutsche, das grüne Wirtschaftswunder wird es aber nur geben, wenn es die Regeln des ersten nicht ganz außer Acht lässt. Die bestanden aus allem anderen als einer linksprogrammierten Idylle.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)





# Zu weit weg von der Lebensrealität

## Warum sich die Grünen in Ostdeutschland so schwertun

Von Stefan Locke, Dresden

**E**ine der Überraschungen am Wahlabend in Sachsen-Anhalt war die Überraschung der Grünen über ihr schlechtes Abschneiden. 5,9 Prozent waren es am Ende, während sie zuvor auch wegen des bundesweiten Umfrage-Hochs mit einem zweistelligen Ergebnis gerechnet hatten. Überraschend deshalb, weil die Partei auch bei vergangenen Landtagswahlen in Ostdeutschland zum Teil weit unter den Prognosen blieb - zuletzt in Thüringen 2019, wo sie ebenfalls mit mindestens zehn Prozent gerechnet hatte und letztlich mit 5,2 Prozent gerade noch so wieder im Landtag landete. In Mecklenburg-Vorpommern, wo im September ein neuer Landtag gewählt wird, sagen Umfragen den Grünen

bis zu 14 Prozent voraus. Dabei ist es das einzige Bundesland, in dem die Partei gar nicht im Parlament vertreten ist.

Die Grünen haben zweifellos eine Ost-Schwäche, gleichwohl ist das Bild differenziert. In Brandenburg und Sachsen etwa erzielte die Partei 2019 ihr jeweils bestes Ergebnis seit der Wiedervereinigung. Mit 10,8 beziehungsweise 8,6 Prozent holten die Grünen dort sogar ein besseres Ergebnis als zuletzt in Nordrhein-Westfalen (6,4) und etwa so viel wie in Rheinland-Pfalz (9,3) und Niedersachsen (8,7). Zudem ist die Partei an allen Regierungen der Ost-Länder mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns beteiligt. Die Grünen haben, auch das mag überraschen, in allen Ost-Landesverbänden zum Teil deutlich mehr Mitglieder als die AfD. Letztere aber holt bei Wahlen ein Vielfaches an Stimmen. Im Durchschnitt erzielen die Grünen im

Osten allenfalls halb so gute Ergebnisse wie im Westen.

Die Ursachen dafür sind wie stets vielfältig. Bei den jüngsten Wahlen wirkte der Zweikampf zwischen AfD und den Parteien der jeweiligen Ministerpräsidenten klar zuungunsten kleiner Parteien - darunter der Grünen, deren Wähler mit Leihstimmen die Parteien der jeweiligen Regierungschefs stützten, um einen vermeintlichen Wahlsieg der AfD zu verhindern. Das aber ist allenfalls eine Momentaufnahme. Das Grundproblem der Grünen im Osten ist vor allem struktureller Natur. Der enorme Aderlass an jungen, gut ausgebildeten, progressiven Menschen nach 1990 wirkt sich gleich doppelt negativ aus: Es fehlt an grünen Kandidaten und damit an Sichtbarkeit besonders auf dem Land, aber eben auch an Wählern.

Zwar erzielen die Grünen immer wieder auch in der ostdeutschen Provinz punktuell gute Ergebnisse, wenn dort verwurzelte, glaubwürdige Persönlichkeiten für sie antreten, doch alles in allem wirke die Partei auf viele Menschen eher abstrakt, sagt Franziska Schubert, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Sächsischen Landtag. "Uns fehlen hier mehr Köpfe. Wir können uns nicht nur auf Großstädte konzentrieren." Schon weil es im Osten - abgesehen von Berlin - nur wenige Großstädte und Ballungszentren gibt. In Dresden, Leipzig, Jena oder Potsdam sind die Grünen etabliert; in Dresden gewannen sie zuletzt die Kommunalwahlen. Hier entspricht durch Zuzug junger Menschen auch die Bevölkerungsstruktur der anderer (west-)deutscher Großstädte.

Auf dem Land, wo die meisten Menschen im Osten leben, mache das vielen Leuten gleich doppelt Angst, sagt Schubert und benennt damit ein weiteres Problem der Ost-Grünen. Die Leute sähen buchstäblich ihre Zukunft davonlaufen und fühlten sich zugleich fremd- oder vielmehr fernbestimmt von einer vermeintlichen Elite in den Städten. Kaum eine Partei steht dafür so symbolisch wie die Grünen. Das sei auch eine Spätfolge der rot-grünen

Bundesregierung, die mit der Agenda 2010 und Hartz IV vor allem auf dem Land für enorme Verwerfungen sorgte, was neben der SPD auch die Grünen bis heute zu spüren bekämen.

Schubert lebt in Ebersbach-Neugersdorf in der Oberlausitz, einer AfD-Hochburg. In ihrem Wahlkreis Görlitz geht es vor allem um Kohleausstieg, Daseinsvorsorge und Landwirtschaft. Mit theoretischen Diskussionen kann sie wenig anfangen, und sie rät ihrer Partei, sich auch immer wieder mal selbst zu reflektieren. "Wir fahren im Osten dann gut, wenn wir realpolitisch orientiert sind", sagt sie. Gerade auf dem Land gehe es doch um klassische grüne Themen wie die Anbindung mit Bus und Bahn oder die Daseinsvorsorge. Zudem seien die Menschen für Umwelt- und Klimaschutz, sie interessierten sich für Speicher, Photovoltaik, alternative Energien. Viele empfänden die Energiewende jedoch als Belastung, weil sie nicht eingebunden seien, sagt Schubert. "Die Energiewende findet auf dem Land statt, die Profite machen oft andere."

Ein großes Problem sieht Schubert auch in der grünen Sprache. Zu akademisiert wirkten viele Diskussionen, zu schnell würden (Vor-)Urteile über Menschen gefällt. "Mit Debatten ohne Anknüpfung an die Lebensrealität der Menschen gewinnt man nicht. Wir sollten uns hier vielmehr auf unser klares Wertegerüst, Bodenständigkeit, auch ein modernes Verständnis von Heimat besinnen." Das alles unterscheidet gerade die Ost-Grünen auch dezidiert von linken Parteien, knüpft es doch an ihre Wurzeln in der Bürgerbewegung "Bündnis 90" an, die nicht vergessen werden dürften, sagt Schubert. Im Wahlkampf um das Görlitzer Oberbürgermeister-Amt holte sie mit diesem Ansatz fast ein Drittel der Stimmen.

In Sachsen, wo die mit Abstand größten grünen Kreisverbände in Dresden und Leipzig sind, verzeichnen die Grünen inzwischen auch in Mittelstädten deutlich mehr Zulauf - nicht nur von jungen Menschen, sondern auch mittleren Alters-

gruppen. Der Landesverband fördert die Entwicklung gezielt, um Strukturen aufzubauen und zu stärken, damit die Partei künftig in der Fläche mehr präsent sein kann. Damit, das ist zumindest Schuberts Hoffnung, die Menschen künftig nicht mehr nur die CDU wählen, wenn sie die AfD verhindern wollen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



# Jetzt bloß kein Linksruck

## Vor dem Parteitag wächst bei den Grünen die Nervosität

Von Helene Bubrowski, Berlin

**W**enn er nicht gerade Pressekonferenzen gebe, sei er am Telefon, sagte Robert Habeck Anfang der Woche. Der grüne Parteivorsitzende meinte die Vorbereitungen für den Parteitag, der am Freitagnachmittag beginnt. Die Delegierten sollen nicht nur Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin bestätigen, sondern auch über das Wahlprogramm abstimmen. Es gibt 3280 Änderungsanträge, deshalb herrscht jetzt so hektisches Treiben bei den Grünen. Zu möglichst vielen Punkten soll es auf den letzten Metern noch einen Kompromiss geben. Über die anderen Anträge müssen die Delegierten abstimmen.

Für den Parteivorstand sind die Verhandlungen ein Balanceakt, entsprechend groß ist die Nervosität. Die meisten Änderungswünsche kommen von der Basis, die das Programm links nachschärfen will: höherer CO<sub>2</sub>-Preis, höherer Mindestlohn, bundesweiter Mietendeckel. Würden sich Vorstand und Antragsteller jeweils in der Mitte treffen, wäre ein beträchtlicher Linksruck die Folge. Das wollen Baerbock und Habeck verhindern. Schon in der jetzigen Fassung sind manche Inhalte des Wahlprogramms schwer zu vermitteln, jedenfalls außerhalb der grünen Blase.

Das konnte man dieser Tage am Beispiel der Klimapolitik beobachten. Der grünen Führung ist es nicht gut genug gelungen, ihr jetziges Konzept zum CO<sub>2</sub>-Preis zu erklären. Wird der Preis höher, wird es noch schwieriger. Hinzu kommt das ernüchternde Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, das den Grünen vor Augen geführt hat, dass längst nicht allen Bürgern der Kampf gegen die Klimakrise so wichtig ist wie ihnen.

Im Entwurf zum Wahlprogramm ist eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises bis zum Jahr 2023 von 25 Euro auf 60 Euro pro Tonne vorgesehen. Für die Zeit danach gibt es keine strikten Vorgaben, es ist lediglich die Rede davon, dass das Klimaziel 2030 abgesichert sein müsse. Eine Gruppe von Antragstellern um den Klimaaktivisten Jakob Blasel vom Kreisverband Rendsburg will den CO<sub>2</sub>-Preis für das Jahr 2023 auf 120 Euro pro Tonne erhöhen, danach soll der Preis jährlich mindestens um 20 Euro pro Tonne ansteigen.

Andere Antragsteller plädieren dafür, den Preis innerhalb der nächsten Legislaturperiode auf 180 Euro ansteigen zu lassen. Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, warnte in den Zeitungen der Funke Mediengruppe: "Wir dürfen niemanden überfordern." Nach Angaben von Michael Kellner, dem Bundesgeschäftsführer der Grünen, wird über diesen Antrag am Wochenende abgestimmt.

So verfährt der grüne Bundesvorstand auch in den anderen Fällen, in denen sich die Antragsteller nicht oder nicht weit genug bewegen. Eine Abstimmung wird es wohl zum Thema Tempolimit geben. In der Entwurfsfassung sieht das Wahlprogramm ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen vor, Kommunen sollen das Recht bekommen, in Ortschaften das Regel-Ausnahme-Verhältnis beim Tempolimit umzukehren.

Diversen Grünen-Mitgliedern geht das nicht weit genug. So gibt es den Antrag, "innerorts Tempo 30 einzuführen und wo die Situation es zulässt, Tempo 50 zu ermöglichen". Eine andere Gruppe will auf Autobahnen eine Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern zulassen, auf Landstraßen von 70, wieder andere fordern für Autobahnen ein Tempolimit von 120 km/h.

Auch über das Ende des Verbrennungsmotors werden die Delegierten debattieren und abstimmen. Laut Wahlprogramm sollen von 2030 an nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden, nach der Meinung anderer Grüner soll das Ende auf das Jahr 2025 vorgezogen werden. Auch der Mindestlohn wird am Wochenende Aufmerksamkeit bekommen: Geht es nach dem Bundesvorstand, soll er auf zwölf Euro steigen, einige Antragsteller fordern eine Erhöhung auf 13 Euro.

Zur Debatte steht auch die Frage, ob ein Spitzensteuersatz von 48 Prozent für Einkommen von 250 000 Euro für Alleinstehende beziehungsweise 500 000 Euro für Paare ausreicht. Einige Grüne wollen hier schon bei weniger hohen Einkommen ansetzen, andere können sich einen Steuersatz bis zu 53 Prozent vorstellen.

Kontroversen sind auch in der Verteidigungspolitik zu erwarten. Im Entwurf zum Wahlprogramm findet sich ein Passus über die Bundeswehr, wo die Grünen Modernisierungsbedarf sehen. Verschiedene Gruppen von Antragstellern wünschen sich ein klares Bekenntnis zum Thema Drohnen, wobei die Vorstellungen weit ausein-

andergehen. Die einen wollen den Satz ins Programm aufnehmen, dass die Grünen die Bewaffnung von Drohnen für falsch halten, weil dadurch die Veränderung militärischer Einsatzszenarien drohe. Die anderen fordern die Ergänzung, dass bewaffnete Drohnen Soldaten "in gewissen Situationen besser schützen können", und wollen die Einsatzszenarien klären.

Für den Sonntag wird zudem eine Abstimmung über den Titel des Wahlprogramms ("Deutschland. Alles ist drin.") erwartet. Eine Gruppe von rund 300 Antragstellern will den Begriff "Deutschland" streichen. Zur Begründung heißt es, im Mittelpunkt grüner Politik stehe der Mensch in seiner Würde und Freiheit und nicht Deutschland.

Einen Kompromiss haben Parteivorstand und Antragsteller in der umstrittenen Frage des Mietendeckels gefunden. Die Berliner Grünen hatten ihn gefordert, nachdem das Gesetz des Abgeordnetenhauses vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert war, weil es dem Bundesland an der Zuständigkeit fehlte. Im Programm soll nun stehen, dass eine Bundesregelung es Kommunen in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten ermöglichen soll, Mietobergrenzen zu schaffen. Der Begriff "Mietendeckel" taucht im Wahlprogramm aber nicht auf.

Bei den Abstimmungen steht für die Parteiführung einiges auf dem Spiel. Es ist für Baerbock und Habeck wichtig, dass sie in den wichtigen Fragen ihre Position durchsetzen. Nicht nur, weil das Programm in den betreffenden Punkten ansonsten deutlich radikaler werden würde, sondern vor allem, um einen Autoritätsverlust zu vermeiden.

Kalkulierte Niederlagen an ein oder zwei Stellen können ein sinnvolles Mittel sein, um die Basis nicht zu sehr zu frustrieren, doch die Sache kann auch leicht entgleiten. Ein erfahrener Grüner hat es mal so ausgedrückt: Ein Parteitag ist dann gelungen, wenn man es geschafft hat, die "irren Anträge" alle abzubiegen, ohne dass die Stimmung großen Schaden nimmt. Das wäre für die Grünen nun besonders wich-

**tig, denn die Stimmung ist ohnehin schon angeschlagen.**

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Harte Landung



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.06.2021,

**Annalena Baerbock galt als perfektionistisch und immer gut vorbereitet. Plötzlich hat dieses Bild Risse bekommen. Hatten die Grünen den rauen Wind an der Spitze unterschätzt?**

Von Helene Bubrowski, Berlin

**A**ls Annalena Baerbock in dem Papierstapel auf ihren Knien nach der richtigen Passage sucht, ist sie noch nicht Kanzlerkandidatin. Es ist zu Beginn des Jahres 2019, in Berlin tobt gerade die Debatte über die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer. Die Grünen sind dagegen. Für viele in der Partei ist das eine moralische Frage. Baerbock spricht darüber, unter welchen Bedingungen von Verfolgungsfreiheit im Herkunftsland ausgegangen werden kann. Jetzt hat sie den Satz im Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1996 gefunden und liest ihn vor.

Solche Geschichten prägten das öffentliche Bild der grünen Parteivorsitzenden. Die Frau mit dem Master im Völkerrecht von einer renommierten Londoner Universität, die schon mal die Augen verdreht, wenn der Ko-Vorsitzende Robert Habeck im Pressegespräch nicht richtig zum Punkt kommt. Die es managt, mit Säugling im Arm zur Pariser Klimakonferenz zu fahren. Ihr Satz, Habeck komme vom "Hühner, Schweine, Kühe-Melken", sie dagegen "aus dem Völkerrecht", klang überheblich, aber im Kern stimmten viele zu, die mit Baerbock schon mal politisch zu tun hatten: CDU-Politiker, die mit ihr in den Jamaika-Sondierungen saßen, loben ihre Detailkenntnisse, grüne Parteifreunde berichten von ihrem Gespür für tickende Bomben und wie oft es ihr gelungen sei, sie zu entschärfen, bevor die Öffentlichkeit Wind davon bekommt.

Plötzlich scheint dieses Bild erschüttert. Mancher politische Gegner kann die Schadenfreude kaum verhehlen. Grüne sind in

Erklärungsnot, es gibt auch Kopfschütteln. Es ist das erste Mal seit Langem, dass man Unmut über die eigene Parteivorsitzende hört. Baerbock hat Fehler gemacht, und zwar ein paar zu viele. Statt trittsicher und perfektionistisch wirkt sie auf einmal unprofessionell.

Erst kam raus, dass sie Nebeneinkünfte an die Bundestagsverwaltung nachmelden musste. Von der Partei hatte sie in den Jahren 2018, 2019 und 2020 insgesamt rund 25 220 Euro erhalten, darunter Weihnachtsgeld und eine coronabedingte Sonderzahlung. Abgeordnete sind verpflichtet, anzugeben, in welcher Größenordnung sie dazuverdienen. Baerbock und die Grünen plädieren vehement dafür, diese Regeln zu verschärfen. Doch in den eigenen Angelegenheiten war die Parteivorsitzende nicht so genau.

Sie setzte sich in eine Talkshow und sagte, dass sie sich "tierisch geärgert" habe. Und dann wollte man nach vorne schauen und eigene Konzepte zum CO<sub>2</sub>-Preis besser erklären. Das war der Plan. Markus Söder, der bayrische Ministerpräsident, sagt, er wolle mit der CSU "auf die helle Seite der Macht". Da hatten sich schon die Grünen breitgemacht. Doch Grüne wissen, wie schnell es wieder dunkel werden kann. Jetzt also besondere Obacht, hieß die Devise. Doch dafür war es zu spät.

Baerbocks Lebenslauf stand schon längst im Netz. Unter der Überschrift "Mitgliedschaften" war die amerikanische Stiftung German Marshall Fund genannt, obwohl Baerbock lediglich Alumna eines Stipendienprogramms der Organisation war, wie Recherchen der F.A.Z. ergeben hatten. Und auch im UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR soll sie Mitglied gewesen sein, was natürlich überhaupt nicht möglich ist. Aus einem Beirat der Heinrich-Böll-Stiftung ist Baerbock entgegen den Angaben schon ausgeschieden. Am Samstag wurden die Angaben korrigiert.

Doch nicht gut genug. Am Sonntag musste die Parteisprecherin zugeben, dass auch

die Angaben zur Tätigkeit für die Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter nicht ganz korrekt waren. Baerbock war nicht von 2005 bis 2008 Schroedters Büroleiterin, wie es im Lebenslauf heißt, sondern formell erst seit Ende 2006. Nochmals zwei Tage später stellt sich heraus, dass es ein "British Institute of Comparative and Public International Law", in dem sie laut Lebenslauf 2005 Trainee war, nicht gibt, sondern nur ein "British Institute of International and Comparative Law". Wieder muss Baerbock vor die Presse: "Das war Mist", sagte sie. Es sei ihre Verantwortung, diese Lektion habe sie jetzt gelernt. Wann kommt die nächste? Die Frage steht im Raum, so weit ist es schon gekommen.

Das kleine Einmaleins der Krisenkommunikation lautet: Salomitaktik ist tödlich. Wenn ein Problem auftaucht, wird jeder Stein umgedreht, werden alle Fehler gesammelt und dann auf einen Schlag öffentlich abgeräumt. So kann es gelingen, die Deutungshoheit zu bewahren, man wirkt nicht als Getriebener, sondern als Treiber der Aufklärung in eigener Sache. Es ist nicht so, dass das in der grünen Parteizentrale niemand wüsste. Und trotzdem ist die Sache gründlich danebengegangen.

Wie das passieren konnte, ist aber erst die zweite Frage. Sie hängt mit der ersten zusammen und die lautet: Warum befinden sich in dem Lebenslauf überhaupt so viele Fehler? Schließlich ist die Homepage - in der Terminologie von Bewerbungstrainern - so etwas wie die Visitenkarte: Fehler, selbst kleine, lassen Zweifel an der Gewissenhaftigkeit aufkommen. Wie eine falsche Kommasetzung im Bewerbungsschreiben. Ob Baerbock den Lebenslauf selbst geschrieben hat oder hat schreiben lassen, ließ sich nicht aufklären. Zu erfahren ist aber, dass Grüne der Überzeugung sind, dass man Verbindungen zu Organisationen, seien sie noch so lose, immer besser angibt. Sie fürchten den Vorwurf der Hochstapelei nicht so sehr wie die Unterstellungen, Beziehungen - in grünen Kreisen gern "Seilschaften" genannt - verheimlicht zu haben. Baerbocks Lebenslauf



listet insgesamt 16 Organisationen auf, wo sie Mitglied ist, im Beirat sitzt oder die sie anderweitig unterstützt.

Offenbar hat sich niemand diesen Lebenslauf noch mal vorgenommen. Nicht als Baerbock Parteivorsitzende wurde, nicht als entschieden wurde, einen offensiven Wahlkampf um das Kanzleramt zu führen, und nicht mal, als sie als Kanzlerkandidatin nominiert wurde. Doch nicht nur bei den Grünen, sondern auch in anderen Parteien findet nicht statt, was in Amerika gang und gäbe ist: dass Politiker vor ihrer Nominierung für ein wichtiges Amt auf Herz und Nieren geprüft, alle Steine umgedreht und selbst die Steuererklärungen noch mal geprüft werden. War die Putzfrau ordnungsgemäß angemeldet? Und die Babysitterin auch? Ein erhellendes Beispiel für die Nachlässigkeit der eigenen Leute - man könnte auch sagen: das Vertrauen in den Kandidaten - ist hier die Causa Christian Wulff: Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl interessierte man sich im Kanzleramt offenkundig wenig für das umstrittene Ticket-Upgrade, die kostenlose Hochstufung in die Businessklasse, die der CDU-Politiker für sich und seine Familie bei einer Urlaubsreise in Anspruch genommen hatte, obwohl es darüber bereits Presseberichte gegeben hatte.

Die Gefahren, die in solchen Verfehlungen liegen, sind groß. Das gilt auch und gerade, wenn es sich um Fehlritte handelt, die gesellschaftlich weitverbreitet sind. Die Latte für Politiker hängt höher. Das wissen die Grünen aus eigener Erfahrung. Vor fast zwanzig Jahren sah sich Cem Özdemir gezwungen, sein Bundestagsmandat niederzulegen, nachdem bekannt geworden war, dass er von einem PR-Berater einen Privatkredit angenommen und dienstlich erworbene Bonusmeilen privat verwendet hatte. Heute kommen die sozialen Medien hinzu, die wie Katalysatoren wirken.

Ein Praktikant hätte die Fehler an einem Nachmittag aus dem Lebenslauf fischen können. Spätestens nach der Diskussion um den Universitätsabschluss Baerbocks,

die sie veranlasste, Fotos ihrer Abschlusszeugnisse zu veröffentlichen, hätte die Parteizentrale alarmiert sein müssen. Sie war es nicht. Warum, können die Grünen auch nicht so richtig erklären.

Schaut man sich die Kandidatin und ihr Umfeld an, fällt einiges auf. Annalena Baerbock hat nicht die eine Person, die man als "rechte Hand" bezeichnen könnte, der sie blind vertraut, die mit ihr groß werden könnte. So wie es Beate Baumann für Angela Merkel ist oder Frank-Walter Steinmeier für Gerhard Schröder war. Nach dem Dauerstreit unter ihren Vorgängern hatten Baerbock und Habeck nach ihrer Wahl zu Parteivorsitzenden entschieden, sich ein Büro und einen Büroleiter zu teilen. Dieses Modell, auf das die Partei stolz war, zeigt jetzt seine Schattenseiten.

Die Parteizentrale ist am Limit oder schon darüber hinaus: Grundsatzprogramm, Parteitag, 3200 Änderungsanträge zum Wahlprogramm, Fernsehauftritte der Kanzlerkandidatin. Die Mannschaft ist trotz einiger Neuzugänge aus der Fraktion nach wie vor klein im Vergleich zu CDU und SPD - vielleicht zu klein gemessen an den eigenen Ansprüchen. Die Grünen haben weniger Fachreferenten, weniger Presseleute, einen kleineren Wahlkampfetat. Es gibt neue Mitarbeiter, die sich persönlich noch nie getroffen haben, weil sie coronabedingt im Homeoffice sitzen. Schwierig, sich da einzuspielen. Die Umbauarbeiten im Haus am Platz vor dem Neuen Tor sind immer noch nicht abgeschlossen, auch wichtige Mitarbeiter haben derzeit kein festes Büro. Neben der Parteizentrale gibt es das Bundestagsbüro und das Wahlkreisbüro. Wer macht eigentlich was? Wenn man das immer wüsste. Doch reicht das als Erklärung aus?

Baerbock steht das erste Mal allein in der ersten Reihe. Harten Gegenwind, der stählt und misstrauisch macht, hat sie noch nicht erlebt. Zwar gibt es in ihrem Umfeld erfahrene Wahlkämpfer, aber die Rolle der Grünen als Hauptgegner der Union ist auch für sie neu. Als die Umfragen nach der Nominierung Baerbocks zur

Kanzlerkandidatin in die Höhe schossen, mahnten Grüne zwar, das nicht so ernst zu nehmen. Nach dem Höhenflug kommt der Fall, das wissen sie eigentlich. Grüne streiten ab, dass ihnen das Lob für die Inszenierung zu Kopf gestiegen sei. Und doch schien es im April so, als schwebte Baerbock durch Berlin-Mitte. Nun ist sie ziemlich hart gelandet.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Auf der großen Welle

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.06.2021

## Neue geistig-moralische Wende: Welches Deutschland wollen die Grünen?

Von Simon Strauß

**D**as, was an den Grünen gerade so nervt, sind nicht ihre Bemühungen um den Klimaschutz. Nicht ihre Versuche, die Welt "sauberer und leiser" zu machen. Nicht ihre hervorragende PR, die es versteht, einen beinhalten Führungsstil im Parteiinneren nach außen als enthierarchisiertes Gemeinschaftsprojekt zu tarnen. Nein, was an den Grünen so nervt, ist, dass gerade alle für sie sind. Vom Bundesverfassungsgericht bis zum Yoga-Lehrer scheinen alle auf die grüne Seite gewechselt zu sein. Die Partei, die vor dreißig Jahren noch an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, eilt jetzt von Sieg zu Sieg. Dass die Grünen in Sachsen-Anhalt gestern die zehn Prozent Hürde am Ende doch deutlich verfehlten, ändert nichts daran, dass die "Wessi-Partei" selbst in Ostdeutschland, wo die Grünen aktuell in fünf von sechs Ländern mitregieren, inzwischen trotz aller Unkenrufe ganz gut angekommen ist. Kein Stammisch-Tweet, kein Sonderzahlungs-Skandal, nicht einmal der Bruch mit dem heiligen Parteigebot des Pazifismus kann ihren Erfolg aufhalten. Deutschland will grün werden. Unbedingt. Im Grunde scheint es schon ausgemacht, dass die Grünen dieses Land von Herbst an regieren werden. Die einzige Frage ist nur, ob als stärkste oder zweitstärkste Kraft.

Woher kommt das? Wohin führt das? Was sind die Schatten, die die so stolz aufblühende Sonnenblume vor giftgrünem Feld wirft? Deutschland wollte schon lange vor Corona grün werden. Im Grunde könnte man die gesamte Kanzlerschaft von Angela Merkel als eine Reaktion auf dieses heimliche Bedürfnis einer Nation nach dem moralisch Richtigeren lesen - ihre Entscheidungen etwa in Sachen Atomkraft, Flüchtlingskrise oder gleichgeschlechtlicher Ehe waren Antworten auf die Sehnsucht nach einem fortschrittlicheren Selbstgefühl innerhalb eines großen Teils der Bevölkerung. Die landesweiten Klimaproteste von Schülerinnen und Schülern waren getragen von der Gewissheit, Sympathien nicht nur bei vielen Berichterstattern, Intellektuellen, Wissenschaftlern und Kirchenvertretern, sondern auch innerhalb eines Großteils der politischen Führung zu wecken. Beim Ausbruch der Corona-Pandemie erwarteten viele, dass die grüne Welle gebrochen werden könnte, weil nun soziale und ökonomische Fragen in den Vordergrund rücken würden, aber der Abstieg blieb aus. Die Grünen hielten sich in der Opposition zurück, skandierten wenig, kritisierten nur leise und überließen es anderen, sich beim Versuch, das Virus zu politisieren, eine blutige Nase zu holen. Dass die Grünen aus der Krise stärker hervorgehen, obwohl sie sich weder ihre Bewältigung noch ihre Problematisierung auf die Fahnen schreiben können, liegt daran, dass sie wie kein anderer ihrer politischen Mitbewerber Wandel und Veränderung repräsentieren. Und

nach Veränderung sehnt sich nach andert-halb Jahren Schockzustand ja im Moment jeder.

Was bei der Lektüre des 137 Seiten langen Wahlprogramms der Grünen allerdings zunächst auffällt, ist das signifikante Vorkommen des Wörtchens "wieder". Auf fast jeder dritten Seite fällt das Wort in Verbindung mit allen möglichen Aussichten auf wiederhergestellte Verhältnisse oder zurückgenommene Veränderungen: von der "Wiederkehr der Nahversorgung" und dem Wunsch, "wieder mehr regional und handwerklich" einzukaufen, über das Versprechen von einer "wieder echten Wildnis", der "wieder progressiven" Besteuerung von Kapitalerträgen und der "Wiedereindämmung" stark angestiegener Drittmittelabhängigkeit in der Forschung bis zu Forderungen nach einem "wieder langweiligen Bankgeschäft", einer "wieder strategischen Bodenpolitik" der öffentlichen Hand und einem Wiederanschluss von Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz. Der periodische Sicherheitsbericht soll "wieder eingeführt", der öffentliche Dienst "wieder gestärkt", der New-START-Vertrag "wiederbelebt" und bei der sportlichen Infrastruktur auf den "Goldenen Plan aus den 1960er Jahren" zurückgegriffen werden. Insbesondere beim sonst erstaunlich knapp gehaltenen Thema Migration wird naturgemäß sehr viel "wiederhergestellt": Der Familien- und Geschwisternachzug zum Beispiel, der Abschiebestopp nach Syrien und auch die Verweildauer für Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen "wieder auf 6 Monate verkürzt" werden.

Erst einmal also nicht viel Neues, sondern eine Menge Gewohntes, fälschlich Abgeschafftes, über das hier gesprochen wird. Das ist vielleicht als Zugeständnis an den alten konservierenden Geist zu verstehen, der die Partei in ihren Anfängen geprägt hat. Der progressive Geist macht sich zunächst nur im sternefunkelnden Schriftbild bemerkbar. Wobei auch dabei eine taktische Inkonsequenz auffällt: Die großgedruckte Anrede "liebe Wählerinnen und Wähler" zu Beginn und am Ende des Programms wird

nicht gegendert. Das soll vertraut und zugänglich klingen und nicht gleich die Hälfte abschrecken, so haben es wahrscheinlich die Strategen gesagt. Und auf Strategen hören die Grünen inzwischen mehr als auf ihre ideologische Basis. Denn gerade geht es ja um Macht. Und um Ämter. Sogar ums Kanzleramt.

Hier und da schleicht sich dann allerdings doch ein ideologischer Unterton ins Programm. Zum Beispiel gleich auf der ersten Seite, wenn es um die Klimakrise "als wahre Menschheitskrise" geht. Da stockt man kurz und wundert sich über das "wahr". Gibt es denn Krisen, die weniger wahr sind? Migrationskrisen, Finanzkrisen oder etwa gar Corona-Krisen? Die Zahl ökologisch-esoterisch bewegter Freigeister auf den sogenannten Querdenker-Demonstrationen, die die Gefährlichkeit des Virus nicht wahrhaben wollen, ist ja durchaus beträchtlich. Kommt das "wahr" auf der ersten Seite des Wahlprogramms aus dieser Ecke?

Auffallende Variationen der Tonlage lassen jedenfalls auch an anderer Stelle darauf schließen, dass hinter der einträchtigen Fassade bei der Programmfassung unterschiedliche Kräfte heftig miteinander rangen. Während etwa das Kapitel zur Wirtschaft ganz im gemäßigt liberalen Habeck-Sound daherkommt, eine "Verringerung bürokratischer Lasten", "saubere Bilanzen" und einen "staatlichen Wagniskapitalfonds" ankündigt, klingt Kapitel 5 "Zusammen leben" doch eher wie eine Vorbesprechung zu einem Diversity-Training. Generelles Ziel sei eine "volle Gleichberechtigung". Die Mittel dazu reichen von dirigistischen Maßnahmen wie der Überprüfung von Haushaltsmitteln und Gesetzesvorhaben unter der Maßgabe, ob sie "Vielfalt" fördern oder die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringen, über die Einrichtung eines gesetzlich verankerten "Partizipationsrates" nach Vorbild des Deutschen Ethikrates bis hin zu den abenteuerlichen Vorschlägen, "Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus" sowie "geschlechtliche Diversität" in Lehrplänen sowie den Schutz vor Diskrimi-

nierungen "mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch" gleich im Grundgesetz zu verankern.

Überhaupt wollen die Grünen die deutsche Verfassung einer ziemlichen Revision unterziehen: zum Beispiel in Artikel 3 den Begriff "sexuelle Identität" ergänzen und den Begriff "Rasse" streichen. Sowie die Vorgaben des Pariser Klimavertrags, eine Ermöglichungsklausel für die Bildungszusammenarbeit zwischen den Ländern, mehr Kinderrechte, die regionale Daseinsvorsorge und - besonders aussichtsreich - ein "Recht auf Wohnen" im Grundgesetz verankern. Die in der Verfassung festgelegte Schuldenbremse soll hingegen "reformiert", also gelockert werden.

Dramaturgisch geschickt und wahrscheinlich um die Gemüter der Realos zu beruhigen, folgt auf die Passage mit einschneidenden Lebensreformen ein Kapitel zur inneren Sicherheit. Hier wird ein fundamental anderer Ton angeschlagen, etwa wenn eine "konsequentere Überwachung" von Gefährdungen gefordert und vor rechtsextremen wie islamistischen Terrornetzwerken gewarnt wird. Auch von der "konsequenten Vollstreckung" offener Haftbefehle gegen Gefährder (im Programm natürlich auch mit Sternchen, die Zahl geschlechtsunterschiedener islamistischer Terroristen stieg ja zuletzt exponentiell) ist hier die Rede, was auch auf Abschiebungen hinausläuft. Ein Wort, das im Programm allerdings peinlich vermieden wird. Im Gegenteil fordert man an anderer Stelle, die Qualifizierung von "sicheren" Drittstaaten insgesamt aufzuheben.

Beim Stichwort "Erinnerungskultur" haben die Programmgestalter die letzten Diskussionen hierzulande über das Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust aufgenommen. Gefordert wird eine Aufarbeitung der "deutschen Verbrechen Geschichte" ganz generell. Die Epoche des Nationalsozialismus ist nur ein Teil davon und wird - insbesondere mit Blick auf bisher wenig beachtete Opfergruppen - gleichberechtigt neben der DDR-Diktatur, Rückgabepflichtungen von Raubkunst und eben dem

schuldhaften kolonialen Erbe Deutschlands aufgerufen. Der Absatz endet mit einem zweifelhaften Plädoyer für die Erweiterung des kollektiven Gedächtnisses: "Gleichzeitig muss sich die deutsche Erinnerungskultur für die Erfahrungen und Geschichten der Menschen öffnen, die nach Deutschland eingewandert sind, und das Gedenkstättenkonzept entsprechend weiterentwickelt werden." Was genau soll das heißen - "weiterentwickeln"? Dass KZ-Gedenkstätten zukünftig auf die geschichtlich divers gestimmten Gefühle von Einwanderern Rücksicht nehmen sollten? Dass zwar offensichtlich keine "erinnerungspolitische Wende", aber doch schon eine "Reform" gefordert wird? Sechs Mal fällt im Programm das Wort "kolonial", kein einziges Mal die Begriffe "Holocaust" oder "Shoa" - das sind die Grünen im Jahr 2021 eben auch.

Hier spricht die Partei mit zwei Zungen: Im Kapitel zur Außenpolitik nämlich klingt das "aus historischer Verantwortung" gewachsene Bekenntnis zur Sicherheit Israels unverhandelbar und die Orientierung an der US-Regierung fast schon unterwürfig. Von irgendwelchen "BDS"-Sympathien ist an dieser Stelle jedenfalls nichts zu spüren.

Dafür bestätigt sich das Vorurteil, nach dem die soziale Frage bei den Grünen weit hinter der ökologischen und moralischen rangiert, bei Durchsicht ihres Sozialprogramms durchaus: Neben der Forderung, den Mindestlohn "sofort" auf 12 Euro anzuheben und ein "Recht auf Homeoffice" einzuführen, soll die Einwanderung gerade auch "im gering- und unqualifizierten Bereich" gefördert werden, was den von Gewerkschaften oft schon perhorreszierten "Verteilungskampf" innerhalb bildungsferner Schichten anfeuern dürfte. Auch die Visionen vom klimafreundlichen Wohnen, mit Solarpanelen auf und Windkraftanlagen vor den Häusern, werden sich trotz versprochener Ausgleichszahlungen nach Meinung vieler Experten vor allem in steigenden Bau- und Mietpreisen niederschlagen. Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum dürfte dadurch noch verstärkt werden - wenn nicht das neue "Grundrecht auf Wohnen" solche Probleme endgültig löst.

Es finden sich noch eine Vielzahl weiterer, mehr oder weniger harmloser Vorschläge im Programm: Ein Recht auf Reparatur elektronischer Geräte etwa soll eingeführt, die Finanzberatung "vom Kopf auf die Füße" gestellt und sogenannte "Gesetzgebungs-labore" mit Wissenschaftlern aufgebaut werden. Hin und wieder lässt sich eine leichte Übertreibung feststellen: Ob man zum Beispiel gleich "das Ende des Mülls" versprechen sollte, nur weil man To-go-Mehrwegbecher in espressobars zum Standard machen will, ist sehr die Frage. Insgesamt durchzieht ein ungeheures Könnensbewusstsein das Programm der Grünen, man könnte auch sagen, ihre Geisteshaltung entspricht dem Gegenteil von Demut.

Das lässt sich allein schon an den vielen Verben ablesen, die direkte Aktionsbereitschaft ausdrücken: es wird im Programm sehr viel "gelenkt", "gesteuert", "angeordnet", "reguliert" "eingeschränkt" und "massiv ausgebaut". Lästige Hindernisse wie etwa die "exzessiven Mindestabstände" zwischen Windkraftanlagen und Wohnsiedlungen werden ohne Weiteres aus dem Weg geräumt und sogar das Allerheiligste der Deutschen, ihr Kraftfahrzeug, infrage gestellt. Wer sein Auto abschafft, so wird versprochen, "soll für ein Jahr eine Mobilitätsprämie" ausgezahlt bekommen.

Auf der anderen Seite werden nur wenige wirklich harte Verbote angekündigt. Die "Haltung von Wildtieren in Zirkussen" wird als überkommen bezeichnet und ein Verbot für Nachtflüge, Wildtierbörsen, Glyphosat und Direktspenden für Abgeordnete gefordert.

Für die angebliche "Verbotspartei" wirkt das doch recht zurückhaltend. Dieses landläufige Vorurteil bestätigt das Programm also nicht, ebenso wenig wie das Gerücht, die Grünen wollten Haustiere oder das Wort "Deutschland" abschaffen - es steht schon im Programmtitel: "Deutschland. Alles ist drin."

Was wollen die Grünen? Wofür entscheidet man sich, wenn man sie im September wählt? Für die Natur allein schon lange nicht

mehr. Auch wenn sie noch immer als Deckmantel für alle möglichen gesellschaftspolitischen Veränderungen fungiert. Wobei sich die Veränderungen eben vor allem auf die Moral und die Waren beziehen. All die "Finanz, Agrar-, Mobilitäts- und Wärmenenden" haben ja vor allem die Förderung und Verbreitung neuer Produkte im Sinn und stärken den Kapitalismus. Grün wählen würde damit - in Abwandlung eines Wortes von Raymond Williams - nicht mehr als Kritik der modernen Produktionsweise gelten, sondern als einer ihrer profitabelsten Bereiche.

Nach dem Wunsch der Grünen soll alles klimagerecht werden - vor allem der "Wohlstand". Die randständige Forderung, dass erneuerbarer Strom "stärker marktgetrieben und systemdienlich vergütet" werden soll, zeigt das Fundament an, auf dem die Grünen 2021 stehen: Sie sind "marktgetrieben" und "systemdienlich". Von ihrem revolutionären Charakter ist nicht viel geblieben, man könnte sogar sagen, sie repräsentieren am authentischsten den postrevolutionären Charakter unserer Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die trotz aller Krisen in Zeiten des Überschusses und des allgemeinen Wohlergehens zu leben scheint.

Denn ein Land muss es sich durchaus leisten können, eine Partei zu seiner regierenden Kraft werden zu lassen, die das Gefühl aus dem privaten in den politischen Bereich umleitet. Vor allem diese in gewissem Sinne urromantische Strategie kann den ungeheuren Mobilisierungserfolg und die eindrucksvolle Dynamik erklären, die die Grünen innerhalb der letzten Jahre in Deutschland entfacht haben.

Um nichts anderes als gefühlte Wirklichkeiten geht es ja, wenn im Wahlprogramm eine Zukunft versprochen wird, die "leiser, sauberer und gesünder" werden soll. Darunter kann sich jeder - mit oder ohne Hochschulabschluss - etwas vorstellen. Genauso wie unter der auf Seite 9 gegebenen Aussicht, dass "auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können". Man muss gar nicht von einer "säkularen Spielart der Religion" reden, um zu verstehen zu

geben, dass hinter den 25 Prozent Plus, welche die Grünen gerade in bundesweiten Umfragen erreichen, mehr steckt als Klimaschutz.

Es geht nämlich auch um das, was im Programmtext unter dem Schlagwort "zeitgemäße politische Bildung" angeführt wird. Neben der Klimaforschung bildet vor allem die sogenannte "Identitätspolitik" das geistige Fundament des grünen Wahlprogramms. "Vielfalt" ist das zentrale Schlagwort, um das sich alles dreht: Die Gesellschaft "in ihrer ganzen Vielfalt" solle bei kulturellen Veranstaltungen sichtbar sein, heißt es an einer Stelle, Themen wie "Diversität" ein "fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen" werden, aber auch die öffentliche Verwaltung müsse "die Vielfalt Deutschlands" widerspiegeln.

Ein Begriff, der aus der Biologie kommt und dort - Stichwort "Artenvielfalt" - positiv besetzt ist, wird aufs Gesellschaftspolitische übertragen und dort mit gleicher Konnotation verwandt. Dabei wäre es - darauf hat zuletzt noch mal der marxistische Kulturtheoretiker Terry Eagleton hingewiesen - ein Kurzschluss, zu glauben, Vielfalt sei ein Wert an sich. Denn wirklich ernst genommen, müsste das Wort sich dann ja auf alles positiv beziehen, was anders ist als das Gewohnte - also auch die Hells Angels.

Die eigentliche Gefahr der Identitätspolitik - und damit auch einer grünen Regierung - ist, dass sich die Frage: "Was ist politisch?" darin erschöpfen könnte, Verwaltungen, Sinfonieorchester und Regierungskabinette möglichst "vielfältig" zu besetzen und Bestseller oder Wahlprogramme in achtsamer Sprache zu schreiben. Dass also "Politisch-Sein" so in erster Linie zu einer Frage von gelungener PR in eigener Sache wird.

Wenn die Kategorie des Politischen aber so aufgeweicht und abgestumpft wird, dass am Ende jedes individuelle Gefühl der Benachteiligung zur politischen Haltung avanciert, dann bleibt nicht mehr viel Raum für ihre klassischen Sphären. Der

inzwischen viel zitierte Satz "Es kann nicht nur darum gehen, Transgender-Toiletten zu fordern, man muss auch danach fragen, wer sie putzt" ist nur die polemische Zuspitzung dessen, was beim identitätspolitischen Streit leicht aus dem Blick gerät: nämlich die entscheidende politische Frage nach dem Verhältnis von Leben und Arbeit.

Wer profitiert von dieser Abstumpfung und Auslassung? Vordergründig und durchaus zu Recht Gesichter, Geschichten und Namen, die lange nicht auf Juryzetteln, Bestsellerlisten oder Wahlplakaten standen. Aber im Hintergrund, quasi im Rücken der identitätspolitischen PRisierung unserer geistigen Gegenwart, fährt der Markt still und heimlich die größten Gewinne ein. Denn das exzessive Moralhopping, das nicht nur die kulturellen Institutionen, sondern auch der politische Betrieb gerade betreibt, dient ja eben nicht einer Sache um ihrer selbst willen, sondern antwortet präzise auf den moralpolitischen Wunsch nach konfektionierter Meinungsware.

Identitätspolitik und Klickokratie haben insofern viel miteinander zu tun, als sie sich gegenseitig nützen. Ein immer ausgefeilteres Identitätsbewusstsein der Kunden mit diversen Hintergründen und Konsumvorlieben ist für alle Netzbetreiber von zentralem Interesse. Von der gestiegenen Aufmerksamkeit für das Selbstbewusstsein des einzelnen Users wiederum profitiert die Identitätspolitik, egal ob sie sich als rechts oder links verkauft. Die Klicks eröffnen ihr ungeahnte Möglichkeiten, um moralischen Druck aufzubauen und alte Machtstrukturen in ihrem Sinne neu zu nutzen.

Der Klick-Druck, das Moralhopping, die Kommerzialisierung der Identitäten - aus diesen Bestandteilen setzt sich derzeit unser Begriff des Politischen zusammen. Darauf antwortet das Wahlprogramm der Grünen. Und zwar mit dem Versprechen einer Politik der gegensätzlichen Geschwindigkeiten: einerseits Bewahrung und Rückkehr zum "Natürlichen", andererseits Veränderung und Aufbruch im "Kul-

turellen". Das Wort, das zwischen beiden Polen vermittelt, lautet: Vielfalt. Auf das können sich konservative Umweltschützer und woke Genderaktivisten einigen - und damit offensichtlich eine Vielzahl von Deutschen hinter sich vereinen, die in früheren, schlechteren Zeit noch Solidarität oder Gemeinsinn gewählt hätten.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



# Srebrenica brachte die Wende



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.06.2021

## Wie die Grünen begannen, das Militär zu akzeptieren

Von Reinhard Veser

In der Debatte über Robert Habecks Eintreten für die Lieferung von "Defensivwaffen" an die Ukraine hallen bei den Grünen Diskussionen wider, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Zerreißprobe für die Partei waren. Angesichts der Kriegsgräuel in Bosnien-Herzegowina musste die Partei damals ihr Verhältnis zum Militär und zum Einsatz von Gewalt klären. Die Grünen rangen heftig mit sich selbst. In innerparteilichen Kämpfen, die mit großem rhetorischen Kaliber ausgetragen wurden, ging es um moralische Fragen, die Anerkennung von Realitäten, weltanschauliche Selbstvergewisserung und nicht zuletzt um die eigene Regierungsfähigkeit. Unter dem Eindruck der von serbischen Milizen verübten Verbrechen und schließlich des Völkermords von Srebrenica im Juli 1995 vollzogen die Grünen innerhalb von zwei Jahren eine Kehrtwende: von der Forderung nach Auflösung der Bundeswehr zur Zustimmung zu Auslandseinsätzen deutscher Soldaten in UN-Missionen.

In manchen der reflexhaft ablehnenden Reaktionen von Grünen-Politikern auf die Äußerungen ihres Ko-Vorsitzenden Habeck kamen die Restbestände jener kategorisch pazifistischen Haltung wieder an die Oberfläche, die das Selbstverständnis der Partei in den ersten anderthalb Jahrzehnten ihres Bestehens bestimmt hatten:

Sie bestehen in der Weigerung, überhaupt die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass der Einsatz von Militär dazu beitragen kann, einen Konflikt einzudämmen, Menschenleben zu retten und vielleicht den Weg zu einer politischen Lösung zu eröffnen. Auf einem Sonderparteitag der Grünen im Oktober 1993 klang das so: Auch angesichts des "faschistischen Genozids" an den Bosniern durch serbische Milizen sei ein Abweichen von einer konsequent pazifistischen Haltung nicht möglich, "weil sonst ein für alle Mal die Gewaltfreiheit als Utopie der universellen Garantie der Menschenrechte verloren" wäre. Selbst den UN-Truppen, die damals bereits zum Schutz der Zivilbevölkerung in Bosnien waren, wollte eine überwältigende Mehrheit nicht das Recht zugestehen, Waffen zur Selbstverteidigung einzusetzen.

Nur eine kleine Minderheit - nicht ganz ein Zehntel der 500 Delegierten -, trat dafür ein, den Frieden in Bosnien militärisch zu erzwingen. Unter ihnen waren neben einigen prominenten westdeutschen Grünen wie Daniel Cohn-Bendit und dem damaligen Bremer Senator Ralf Fücks vor allem solche Parteimitglieder, die der Bürgerrechtsbewegung in der DDR entstammten oder wie der Exil-Tscheche Milan Horáček andere Erfahrungen mit den gerade erst gestürzten kommunistischen Diktaturen Osteuropas gemacht hatten. Cohn-Bendit wies auf dem Parteitag 1993 auf seine jüdische Abstammung hin und sagte, die Grünen sollten sich nicht in eine "Tradition des Appeasements" stellen, "die zur Vernich-

tung der Juden geführt hat". Er ging darauf ein, dass zwei Prinzipien in Widerspruch zueinander geraten konnten, die beide konstitutiv für das Selbstverständnis der Grünen waren: die Ablehnung jeglicher kriegerischer Handlung und die Ablehnung des Nationalsozialismus. Die Mehrheit wollte das jedoch nicht zur Kenntnis nehmen und nahm einen Beschluss an, in dem unverbunden nebeneinanderstand: "Die wichtigste Konsequenz aus der deutschen Geschichte lautet für uns: Nie wieder Krieg. Aber sie lautet gleichzeitig auch: Nie wieder Auschwitz."

Die als "Bellizisten" und "Kriegstreiber" beschimpfte Minderheit vertrat ihre Position auch nach dem Parteitag offensiv. "Unser Hauptmotiv war damals: In Bosnien-Herzegowina musste das multikulturelle Europa verteidigt werden", erinnert sich Ralf Fücks. Die Ähnlichkeit mit Habecks Argumentation für Rüstungslieferungen an die Ukraine ist auffällig. Dass die "Bellizisten" damals in der grünen Partei rasch an Boden gewannen, lag vor allem an der Eskalation des Kriegs in Bosnien. Aber ein weiterer Aspekt spielte eine Rolle: die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung. Realpolitiker hielten der Parteilinken vor, dass eine Abschaffung der Bundeswehr und ein Austritt aus der NATO in keiner Weise durchsetzbar seien. Wer ernsthaft in die Regierung wolle, müsse so ehrlich sein, das offen zuzugeben.

Es war ein konkretes Ereignis, das den Ausschlag für die Wende bei den Grünen gab: der Völkermord von Srebrenica. Der spätere Außenminister Joschka Fischer hatte in dieser innerparteilichen Auseinandersetzung bis dahin taktiert, wenngleich er erkennbar eher auf der Seite der Bellizisten stand. Zwei Wochen nach dem Massenmord in der UN-Schutzzone, die von UN-Soldaten nicht verteidigt worden war, schrieb er einen offenen Brief an Partei und Fraktion, in dem er sich für eine militärische Verteidigung der Schutzonen am Boden und aus der Luft aussprach.

Es folgte ein zähes Ringen um die neue Positionierung der Partei. Dem linken Flü-

gel war einerseits klar, dass seine kategorische Ablehnung jeglichen militärischen Eingreifens unhaltbar geworden war, er versuchte andererseits aber weiter, so viele seiner Glaubenssätze wie möglich zu retten - und sei es in Formelkompromissen. Dass es dann eine Bundesregierung unter grüner Beteiligung war, die nicht ganz vier Jahre später erstmals Soldaten der Bundeswehr in einen Krieg schickte, wäre ohne diese Vorgeschichte nicht denkbar gewesen. Die Argumente für und gegen eine Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999, mit dem die Vertreibung der albanischen Bevölkerung durch das Regime des serbischen Gewaltherrschers Milosevic gestoppt wurde, waren die gleichen wie sechs Jahre zuvor beim ersten Parteitag der Grünen zum Bosnien-Krieg, nur die Mehrheitsverhältnisse waren ganz anders. Vielleicht ist Habecks Vorstoß zur Ukraine der Beginn einer neuen Debatte bei den Grünen über die Frage, wie der Herausforderung durch gewalttätige Regimes zu begegnen ist.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

Ganz oben - ganz unten

# So geht Stimmungs- demokratie



F.A.Z. Einspruch, 01.06.2021

**In der Wahrnehmung von Politik gibt es anscheinend nur noch Extreme. Vor kurzem lief für die Grünen angeblich alles perfekt, dann angeblich alles schief. Und die FDP hat schon jetzt Angst vor zu viel Popularität.**

Helene Bubrowski, Berlin

**B**ei den Grünen geht es gerade besonders schnell. Nach der Kür zur Kanzlerkandidatin lachte Annalena Baerbock von den Deckblättern zahlreicher Magazine. "An ihr kommt keiner mehr vorbei" titelte der Spiegel, "Endlich anders" der Stern. In Umfragen hatten die Grünen nochmals zugelegt, manche Institute sahen sie gar vor der Union. Es wurde in Podcasts und Talkshows so oft von der ersten grünen Kanzlerin gesprochen, dass man den Eindruck bekommen konnte, die Wahl sei schon gelaufen.

Dann drehte sich der Wind. Fortan wurde über Baerbocks Probleme berichtet, mal mit der Basis, die einen radikaleren Kurs fordere, mal mit Nebeneinkünften, zuletzt mit Robert Habeck und seinen Äußerungen zu "Defensivwaffen" für die Ukraine. "Willkommen in der Wirklichkeit" lautet nun der Titel des Spiegels, dazu eine Zeichnung von Baerbock mit hängenden Mundwinkeln und eine Sonnenblume, der die Blätter wegfliegen. Parallel dazu pendeln sich die Umfragewerte der Partei eher in den niedrigeren Zwanzigern ein.

## **Wenn einmal etwas hängen bleibt...**

Die zwei Seiten des Hypes hat jüngst auch Gesundheitsminister Jens Spahn erfahren. Noch vor ein paar Monaten war er der Mann der Stunde, der Manager der Krise. Im Januar noch ging es in Berlin um die Frage, ob Spahn sich aus dem Team mit Armin Laschet löst und doch für den Parteivorsitz der CDU kandidiert. Wenn man sich anschaut, wie Spahn heute dasteht,

scheint das ewig zurückzuliegen. In Wahrheit waren es wenige Wochen, in denen der Unmut über die Corona-Politik und die anfänglichen Schwächen der Impfkampagne vor allem bei Spahn hängen blieben.

Dazu kamen kritische Fragen über ein Immobiliengeschäft und ein Spendendinner. Ein anderes Beispiel ist der frühere SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Der sogenannte "Schulz-Zug" kam ins Stocken, nachdem die SPD im Saarland schlechter abgeschnitten hatte als erhofft.

Höhenflüge, so viel ist klar, bergen Gefahren. Steht ein Kandidat oder eine Partei besonders gut da, wird die politische Konkurrenz aggressiver. Journalisten graben besonders akribisch, sprechen mit Weggefährten, die es nicht unbedingt nur gut meinen mit dem neuen Star, durchleuchten den beruflichen Werdegang oder verlieren einfach die Lust am "Hochschreiben". Jedes Wort wird dann auf die Goldwaage gelegt, selbst der Gesichtsausdruck eines Politikers im Fernsehen kommentiert, aus Fettnäpfchen werden Pannen, aus Pannen wird Versagen (gemacht).

### **Öffentlicher Druck als Tauglichkeitsprobe für hohe Ämter**

Dabei spielen berechnete Fragen eine Rolle, etwa die, ob jemand, der dem Berliner Druck der Medien, Talkshows und Stimmungen nicht standhalten kann, künftig gegenüber den Diktatoren dieser Welt bestehen kann. Oder die Frage, ob Anspruch und Wirklichkeit übereinstimmen. Für die Grünen war es deshalb besonders peinlich, dass ihre Kanzlerkandidatin "vergessen" hatte, ihre Nebeneinkünfte zu melden, nachdem die Partei so laut wie keine andere gegen den angeblichen "schwarzen Filz" der CDU gewettert und auf schärfere Regeln gedrungen hatte.

Ein Problem gibt es dann, wenn die gute Geschichte über den Fakten steht, wenn nur das erzählt wird, was ins Konzept passt. Das gilt sowohl für die Berichte über den Aufstieg wie den Absturz. Beispiel

Baerbock und die radikalen Forderungen der Basis, die ihr nun angeblich das Leben schwer machen: Diesen Konflikt zwischen der Parteispitze, die in der Mitte der Gesellschaft auf Stimmenfang geht, und Parteimitgliedern, die nach wie vor überzeugte Pazifisten sind, den Verfassungsschutz abschaffen wollen oder Wohnungsgesellschaften enteignen wollen, gibt es natürlich nicht erst seit vier Wochen, sondern seit Jahren.

Der linke Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg stellt auf jedem Parteitag besonders viele Änderungsanträge, nicht nur jetzt. Doch jetzt passt die Sache ins Bild, wenn Risse in der noch vor wenigen Wochen bewunderten Harmonie der Grünen zutage gefördert werden sollen.

Zum Mechanismus der von einem "Spin" getriebenen Berichte gehört: Stimmungen erzeugen Stimmungen, und Umfragen erzeugen Umfrageergebnisse. Gute Kompetenzwerte eines Kandidaten lassen dabei längst nicht immer auf die inhaltliche Sattelfestigkeit schließen, sondern vielleicht nur auf die Kampagnenfähigkeit. Und umgekehrt: Wird der Öffentlichkeit ein negatives Bild von einem Politiker präsentiert, heißt das nicht unbedingt, dass ihm tatsächlich die Eignung fehlt.

Wer Meister der Inszenierung ist, kann nicht schon deshalb auch das Land gut und verantwortungsvoll regieren. Das klingt wie eine Binse und scheint doch keine Selbstverständlichkeit mehr zu sein. Die Personalisierung der Politik ist so weit fortgeschritten, dass man glauben könnte, zur Wahl stünden nicht Parteien und ihre Programme, sondern tatsächlich die Kanzlerkandidaten - die es rein rechtlich gesehen ja gar nicht gibt. Auch die Parteien richten sich nach den Umfragen - selbst wenn sie das öffentlich häufig abstreiten. Das betrifft sowohl inhaltliche Schwerpunkte als auch Personalfragen.

Wenn Politiker lamentieren, es werde zu wenig über Inhalte berichtet, zu viel über Polit-Folklore, ist das daher nur die halbe

Wahrheit. Schließlich erzählt Armin Laschet gerne über seinen Vater und dessen Arbeit als Bergmann genauso freiwillig wie Annalena Baebock über ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten als junge Mutter in der Politik oder ihre Grill-Gewohnheiten. Die Menschen, so sagen Kommunikationsberater, wollten Politiker aus Fleisch und Blut, die Emotionen zeigen und dabei ganz authentisch wirken. Wem auch noch gelingt, dafür den richtigen Moment abzupassen, hat tatsächlich die Chance, in der Stimmungsdemokratie zu obsiegen. Ein FDP-Politiker hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: Bis zur Bundestagswahl seien es noch vier Monate, das Problem seiner Partei sei, dass sie in Umfragen jetzt so gut dastehe.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Sehr fern und doch ganz nah



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.05.2021

## Grüne und Linke haben manches gemeinsam. Könnten sie zusammen regieren?

Von Helene Bubrowski und Markus Wehner, Berlin

**D**er Ausgang der Bundestagswahl im Herbst ist offen wie selten zuvor. Ein paar Dinge lassen sich allerdings schon sagen. So ist es nahezu ausgeschlossen, dass die Grünen wieder kleinste Oppositionspartei im Parlament in Berlin werden. Im Moment fordern sie mit gut zwanzig Prozent in den Umfragen die Union heraus. Dass die Grünen überhaupt wieder in der Opposition landen, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Sie könnten mit der Union regieren, in einer Jamaika-Koalition oder in einer Ampel mit SPD und FDP. Die Rolle der kleinsten Oppositionspartei könnte der Linken zufallen. Anders als die Grünen, die von einem Wahlergebnis von 8,9 Prozent ihren Höhenflug starteten, steht die Linke schlecht da. Sie kommt derzeit in Umfragen auf sechs bis acht Prozent, deutlich weniger als die 9,2 Prozent von 2017. Ein Bündnis aus Grünen, SPD und Linken gilt vielen als unwahrscheinlichste Variante. Al-

lerdings regieren solche Koalitionen in drei Bundesländern: in Thüringen, Berlin und Bremen. Und in vielen Fragen sind die Linken den Grünen viel näher, als es Union und FDP sind.

Könnten also Grüne und Linke überhaupt miteinander? In urbanen Milieus, in Universitätsstädten ist es für junge Leute oft eher eine taktische Frage, ob sie grün oder links wählen. Den gut situierten, "bürgerlichen" Anhängern der Grünen ist die sozialistische Umverteilungs-Linke hingegen verdächtig. Immerhin wünschen sich laut einer Umfrage der Zeitschrift Der Spiegel vierzig Prozent der Grünen-Sympathisanten eine Regierung mit SPD und Linken, nur 24 Prozent favorisieren Schwarz-Grün. Und in der gesamten Bevölkerung liegen beide Koalitionen mit zwanzig Prozent für Schwarz-Grün und 19 für Grün-Rot-Rot fast gleichauf. Die Kernwählerschaft der Linken, die sich im Alter zwischen Mitte fünfzig und siebzig bewegt, empfindet dennoch wohl Fremdheit gegenüber der Welt der Ökos. Das kann allerdings auch bedeuten, dass beide Parteien nicht um dieselbe Wählerschaft konkurrieren - das könnte ein Vorteil für die Stabilität einer Koalition sein. Aus-

schließen wollen jedenfalls beide Parteien ein solches Bündnis nicht.

Für die Linken, deren Wählerschaft ganz überwiegend für das Regieren ist, ist es die einzige Möglichkeit, überhaupt an die Macht zu kommen. Die Linken-Mitglieder würden darauf bestehen, dass eine solche Chance genutzt, zumindest geprüft würde. Und auch die grüne Basis erwartet, dass die Partei zumindest Gespräche führt, wenn die Koalition, die manche "progressiv" nennen, rechnerisch möglich ist. Würden sie stärker als die SPD, dann würden die Grünen zum ersten Mal in ihrer Geschichte ins Kanzleramt einziehen. Die grüne Führung weiß aber, dass die grün-rot-rote Perspektive viele Wähler verschreckt, die ihr Kreuz zuletzt bei der CDU gemacht haben und nun zu den Grünen tendieren, etwa, weil sie Klimaschutz wichtig finden. Eine Stimme für die Grünen, die zugleich eine Stimme für die Tiefroten ist? Das wäre eine Steilvorlage für Union und FDP, um die "Bürgerlichkeit" der Grünen infrage zu stellen. Für die Partei würde es schwieriger, in wirtschaftsnahen Kreisen Stimmen zu sammeln. Oder wie es Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch sagt: "Die Grünen haben große Unterstützung bei den Eliten, die allerdings sehr selten für ein Mitte-links-Bündnis sind."

### **Aus Sicht der Grünen muss sich die Linke zur Nato bekennen**

Der Tenor der Grünen lautet: Man schließt niemanden außer der AfD als Koalitionspartner aus, die Linke aber müsse sich in entscheidenden Fragen deutlich bewegen. Gemeint ist vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik: das Verhältnis zur Nato, zu Russland, zu Israel, die Rolle der EU. "Unverhandelbar" ist das Wort, das in diesem Zusammenhang fällt. Parteichef Robert Habeck sagte jüngst, die Linke müsse "in einem besonderen Maße beweisen, dass sie regierungsfähig und bereit ist, für dieses Land Verantwortung zu übernehmen". Das schließe "ein Bekenntnis zur Nato mit ein". Und der Grünen-Politiker Cem Özdemir forderte von der Linken eine Antwort, wie sie "zu Israel und zu unserer

Verantwortung für das Existenzrecht Israels" stehe, ebenso wie zur Nato oder zur EU. "Mit unserer Geschichte gibt es da genau null Spielraum."

In der Israel-Frage haben Linken-Politiker wie Bartsch oder Gregor Gysi, nun außenpolitischer Sprecher, sich klar zur Freundschaft mit Israel und zum Existenzrecht des jüdischen Staates bekannt, auch wenn es längst nicht alle Abgeordneten gutheißen, wenn Bartsch wie jüngst auf der Solidaritätskundgebung für Israel am Brandenburger Tor spricht. Schwieriger wird es bei der Verteidigungspolitik. Die Linke ist ungefähr da stehen geblieben, wo die Grünen in ihren Anfangsjahren waren: unbedingter Pazifismus, eine Auflösung oder Überwindung der Nato, ein europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands, ein Herunterfahren des Verteidigungsetats. Den heutigen Grünen werfen die Linken Verrat an ihren einstigen Idealen vor.

Wie aber könnten Kompromisse aussehen? Denkbar wäre, dass ein Mitte-links-Bündnis festlegt, keine neuen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beschließen und die schon bestehenden Missionen auslaufen zu lassen. Das würden sich auch viele Grüne des linken Flügels wünschen. Allerdings sprach die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock jüngst darüber, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik übernehmen müsse und dass dazu auch militärische Aufgaben gehörten. Ebenso schwierig wird es, wenn es um den Verteidigungsetat geht, dessen Erhöhung die Linken als "Aufrüstung" geißeln. Hier ließe sich mit einer weiteren Beschränkung der Rüstungsexporte oder einem Anheben der Entwicklungshilfe die linke Seele etwas beschwichtigen. Wahrscheinlich müssten die Linken eine Kröte schlucken, wenn sie sich dafür auf einem anderen Gebiet durchsetzen könnten.

Das müsste die Sozialpolitik sein. Auf diesem Feld könnten sich beide Parteien in vielen Punkten einigen: eine Kindergrundsicherung etwa, mehr Geld für die Pflege, eine Abschaffung von Hartz IV und ein hö-

herer Mindestlohn. Auch in der Rentenfrage käme man wohl zueinander. Scheinbar schwieriger wird es in der Frage der Umverteilung von oben nach unten, die für die Linke zentral ist. Zwar können sich auch die Grünen mit einer Vermögensteuer anfreunden oder einem höheren Spitzensteuersatz, aber solchen Projekten sind mit Blick auf ihr eher wohlhabendes Wählerklientel Grenzen gesetzt. Ein Ausweg könnte die Einigung auf große staatliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in Digitalisierung, den Bahnausbau, das Gesundheitssystem und die Bildung sein. Beide Parteien könnten sich darauf einigen, staatliche Investitionen nicht auf die Schuldenbremse anzurechnen. Beim Klimaschutz liegen Grüne und Linke auch nahe beieinander, die Linken allerdings sehen das Thema stark aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit. Viele ihrer Wähler sind Opfer oder Verlierer des Strukturwandels. "Beim Thema Klimaschutz ist es für uns auch wichtig, dass es sozial gerecht zugeht und nicht die Leute am Ende die Zeche zahlen, die es nicht verantwortet haben", sagt die Ko-Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow dazu.

Viele Grüne sind zwar bereit, über das Verhältnis zur Linken zu reden, aber nur wenige wollen damit zitiert werden. Denn mit jeder Position in dieser Frage stoßen sie einen Teil ihrer Anhänger vor den Kopf. Die Partei ist angespannt, alle haben Angst, auf den letzten Metern Fehler zu machen. Doch im Hintergrundgespräch werden manche Grüne, auch vom linken Flügel, sehr deutlich, sprechen von "riesengroßen Problemen", die eine Zusammenarbeit mit den Linken mit sich brächte. Viele Grüne sind enttäuscht darüber, wie wenig sich die Linken in den vergangenen Jahren bewegt haben, wie sehr sie an alten Dogmen hängen - oder diese wider besseres Wissen vertreten, weil sie glauben, dass die Wähler das erwarten.

### **"Traumtänzer", "Spinner" und der Korridor für eine Annäherung**

Für so manche Köpfe der Linkspartei haben Grüne nicht gerade freundliche Wor-

te übrig. Da fallen Begriffe wie "Spinner", "Traumtänzer" und "faule Pragmatiker, die zwar wissen, dass die Partei Schwachsinn erzählt, die aber zu bequem sind, um sich den Kämpfen zu stellen". Auch mit Blick auf die künftige Linke-Fraktion haben viele Grüne schon jetzt keine Hoffnung mehr: Die Gruppe der Vernünftigen werde in der nächsten Legislaturperiode noch kleiner, heißt es. Der frühere außenpolitische Sprecher Stefan Liebich etwa, den Grüne für seinen Pragmatismus schätzen, wird nicht wieder antreten. Liebich gehörte zum Kreis von Abgeordneten aus SPD, Grünen und Linken, der sich vor der Pandemie einmal pro Quartal bei einem Italiener in Berlin traf.

Von den Grünen ist unter anderem Sven-Christian Kindler dabei, seit 2009 im Bundestag. Kindler schätzt die Chancen für Zusammenarbeit mit den Linken nicht so schlecht ein wie einige seiner Parteifreunde. "Es ist ja kein Geheimnis, dass wir mit SPD und Linken inhaltlich mehr Gemeinsamkeiten haben als mit Union und FDP", sagt er der F.A.Z. Natürlich gebe es bei der Linken auch "problematische Leute", mit großer Nähe zu Putin oder zur Querfront aus linken und rechten Gegnern des Staates. Problematisch seien aber nicht nur Linken-Politiker. "Die gibt es bei der Union auch, wenn man an die Aserbaidzhan-Connection denkt oder an die Thüringer CDU, die mit der AfD gemeinsame Sache gemacht und jetzt Hans-Georg Maaßen aufgestellt hat."

Die Gruppe von SPD, Grünen und Linken, die sich hin und wieder auf einen Teller Nudeln trifft, tauscht sich inhaltlich aus, aber es geht um mehr: Damit eine Koalition stabil ist, muss auch die Chemie stimmen. Die Koalitionsparteien müssten so etwas wie einen "gemeinsamen Spirit" entwickeln. Könnte das klappen? Zumindest versucht die neue Linke-Spitze unter der Führung von Hennig-Wellsow die Kontakte zu den Grünen aufzubauen. Im kleinen internen Kreis berät die Ko-Parteivorsitzende, die in Thüringen die Koalition mit SPD und Grünen mit schmiedete, wo die Kompromisslinien für das Mitte-links-Bündnis liegen



könnten. Viel reden will man darüber nicht. "Mögliche Kompromisse zwischen den Parteien werden nicht vor der Wahl verhandelt, erst recht nicht öffentlich", sagt Linken-Spitzenkandidat Bartsch dazu. Doch müsse die Linke in umstrittenen Fragen Korridore für eine Annäherung entwickeln, um im Falle von Sondierungen vorbereitet zu sein. "Wenn ein angebotenes Gespräch nach einer Stunde wegen mangelnder Vorbereitung abgebrochen werden müsste, dann wäre das verheerend. Deshalb wird das nicht sein", sagt Bartsch.

Der Spitzenkandidat hat vor allem das Ergebnis der eigenen Partei im Blick, das soll bei mindestens zehn Prozent liegen. Nur so sieht er eine Stimmung in seiner Partei entstehen, um eine gewagte Koalition eingehen zu können. "Die Linke muss im Vergleich zur letzten Bundestagswahl zulegen und ein zweistelliges Ergebnis erzielen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um ein Mitte-links-Bündnis zu erwägen. Hauptsache Mehrheit gilt in diesem Fall nicht", sagt Bartsch. Doch in der Parteispitze teilt man diese Meinung nicht unbedingt. Auch mit einem schlechteren Ergebnis könne man der Basis kaum erklären, dass die Linke ein "progressives Bündnis" nicht prüfe, wenn es möglich sein sollte. "Wenn es vom Wahlergebnis her für ein Mitte-links-Bündnis mit Grünen und SPD reicht, dann werden wir sehr wahrscheinlich sondieren", sagt Hennig-Well-sow dazu.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Grüne ohne Land

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.05.2021

**Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock will weltläufig erscheinen - und ist darin provinziell.**

Von Reinhard Müller

**G**eht in Deutschland nichts ohne Abschluss, Zeugnis und Note? Ist man kein Mensch, ohne ein gutes deutsches Abitur, mindestens ein Staatsexamen plus Doktorgrad zu haben? Den Eindruck kann man angesichts mancher Äußerungen über die Qualifikation der grünen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock bekommen.

Dabei zeigt ein Blick in Geschichte und Gegenwart der deutschen Politik: Man kann auch ohne jeden förmlichen Abschluss sehr weit kommen. Und mit Recht. Denn Politik ist zwar auch ein Lehrberuf, doch erfordert sie Eigenschaften, die sich in Zeugnissen nur begrenzt widerspiegeln. Joseph Fischer hätte nie auf dem üblichen Weg Diplomat werden können, doch war der Autodidakt, der als Vertriebenenkind

und ohne Beziehungen groß wurde, zweifellos ein begabter Vollblutpolitiker. Und auch im Wirtschaftsleben gibt es weiterhin herausragende Unternehmer, die keinen akademischen Abschluss oder einen Titel vorweisen können.

Auch eine Kanzlerkandidatin braucht das nicht. Wobei Annalena Baerbock ja Abschlüsse hat: ein Vordiplom in Deutschland und einen in London erworbenen Master of Laws im Völkerrecht. Damit kann sie zwar in Deutschland weder Richterin noch Rechtsanwältin werden, denn ihr fehlen die juristischen Examina. Aber der LLM ist ein anerkannter Abschluss; er ist, zumal an einer renommierten Universität erworben, teuer und durchaus etwas wert. Zwar ist es schwer, den Master nicht zu bestehen. Doch zahlen manche große Kanzleien nicht mehr für den Dokortitel einen Aufschlag auf das Gehalt, sondern für den LLM. Zudem beweist Baerbocks Gang ins Ausland Flexibilität und Neugier, die immer noch zu vielen deutschen Juristen und anderen Akademikern abgehen.

Man sollte diesen Abschluss aber auch nicht überhöhen. Frau Baerbock hat sich ein Jahr intensiv mit Völkerrecht befasst. Als Juristin im deutschen Sinn kann sie dennoch nicht durchgehen. Man merkt auch mitunter fachlich, dass sie keine ist. Aber was heißt das schon. Die Kanzlerkandidatin der Grünen sollte es eigentlich, siehe Fischer, gar nicht nötig haben, ihren Lebenslauf aufzupolieren. Sie bringt vielfältige Erfahrungen mit, hat auch schon journalistisch gearbeitet. Dass sie vorwiegend in ihrer Partei tätig war und dort ihr Geld verdiente, macht sie zur Berufspolitikern.

So will sich aber nur ungern jemand nennen. Denn dieses Etikett soll bisweilen nahelegen, dass man keine Ahnung vom wirklichen Leben hat. Für gute Politiker gilt das sicher nicht, dennoch wünschte man sich eine größere berufliche Mischung in der Politik. Aber wer sich ganz der Politik verschrieben hat, der bringt auch dadurch Qualitäten mit - und kommt womöglich ansonsten zu nicht viel.

Es passt wohl nicht zum immer noch leicht revolutionären Habitus der Grünen, dass ihre Kanzlerkandidatin vor allem Universitäten, Abgeordnetenbüros und Parteiversammlungen kennt. Sie muss sich offenbar akademisch überhöhen, weil ihre Laufbahn sonst in das Raster der "etablierten Parteien" fiele.

Das nimmt bisweilen groteske Züge an: In einem Fernsehgespräch vom November des vergangenen Jahres sagte sie, zu Robert Habeck gewandt: er komme ja vom "Hühner, Schweine, Kühe-Melken". Und setzte dagegen: "Ich komme eher aus dem Völkerrecht. Da kommen wir aus ganz anderen Welten." Sagt die Magistra zum Doktor der Literaturwissenschaft, der in Freiburg und in Dänemark studiert, in Hamburg seinen Abschluss gemacht hat und Schriftsteller, Umweltminister und stellvertretender Ministerpräsident wurde.

Das Land gegen die Welt? Eigentlich ein grüner Klassiker, nur jetzt andersherum. Es stimmt eben nicht, dass Annalena Baer-

bock ihre vermeintliche Qualifikation nicht auch herausstellt, und es stimmt auch nicht, wie jetzt behauptet, dass sie einem besonderen Sturm ausgesetzt wäre. Sie kommt sogar eher glimpflich weg, wenn man bedenkt, dass auch Dissertationen von drittklassigen FDP-Politikern durchforstet werden, während man Baerbocks Master-Arbeit noch nicht einmal mehr einsehen kann. Sie ist Kanzlerkandidatin einer großen Partei und muss sich den heute üblichen Fragen stellen.

Früher, in der Vor-Gutenberg-Ära, wurde das akademische Vorleben von Politikern kaum hinterfragt. Es wurde aber durchaus (wenn auch folgenlos) thematisiert, dass der Doktorgrad Helmut Kohls, auf den er Wert legte, auf einer ziemlich dünnen Schrift beruhte. Aber Kohl kannte seine Grenzen. Trotz aller deutschen Titelhuberei, die tatsächlich eine lange und eher peinliche Tradition hat, wusste man, wer man war und wo man herkam. Schönfärber gab es natürlich immer, auch in den sogenannten besten Kreisen, aber wichtig war vor allem die Gegenwart.

Die heutige Kanzlerkandidatin der Grünen will offenbar nicht grün sein, hat mit dem Land und seiner Wirtschaft, hat mit der Landwirtschaft nicht viel am Hut und kommt damit an. Sie will weltläufig erscheinen - und ist genau darin provinziell.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Schnittblumen- freie Zone



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.05.2021

## In Berlin lässt sich schon beobachten, was die Grünen unter gutem Regieren verstehen

Von Julia Löhr

Die Grünen, eine Verbotspartei? Auf gar keinen Fall, beschwichtigen grüne Spitzenpolitiker immer wieder. Die Forderung nach einem staatlich verordneten Veggie Day - ein großes Missverständnis. Die Debatte um ein Verbot von Einfamilienhäusern - völlig übertrieben. Und auch nach dem jüngsten Vorstoß von Parteichefin und Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock gegen Inlandsflüge legte der Parteigrande Jürgen Trittin Wert auf die Feststellung: "Wir setzen überhaupt nicht auf Verbote." Es gehe vielmehr um bessere Angebote.

Wie die Grünen erreichen wollen, dass sich ihre Vorstellung einer ökologisch korrekten Lebensweise in der Gesellschaft durchsetzt? Einen Vorgeschmack darauf gibt die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop. Mitte April hat die Grünen-Politikerin einen Kongressfonds aufgelegt, der den Neustart der darbenenden Veranstaltungswirtschaft fördert. 25 Euro je Teilneh-

mer schießt der Senat für Präsenzveranstaltungen in Berlin - natürlich im Rahmen der Corona-Regeln - zu, plus 10 Euro, wenn die Veranstaltung ins Internet übertragen wird. 25 Euro extra gibt es zudem, wenn die Veranstaltung bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllt. Und an dieser Stelle wird es spannend.

Denn das siebenseitige Antragsformular zur "Sustainable Event Scorecard" listet 47 Maßnahmen auf, mit denen Unternehmen bei den Grünen punkten können. Da ist zum Beispiel Nummer 26: "Bei der Dekoration wird auf Schnittblumen verzichtet." Pops Staatssekretär Christian Rickerts erklärte das auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Sebastian Czaja so: Schnittblumen würden meist nicht in Berlin produziert und verursachen daher hohe ökologische Kosten. "Darüber hinaus sind Schnittblumen ‚Wegwerf-/Einmalartikel‘, die z. B. durch immer wieder verwendbare Topfpflanzen ersetzt werden können." Der Berliner Tagesspiegel, der zuerst darüber berichtete, stellte dazu dekorativ ein Foto, was Pop der Spitzenkandidatin der Grünen für die Landtagswahl vor nicht allzu langer Zeit überreichte: keine Topfpflanze, sondern einen opulenten Blumenstrauß.

Wohlverhaltenszuschläge bekommen Veranstalter in Berlin auch für die Essensauswahl. Rein vegetarisch oder vegan soll es sein, Bio ebenfalls, aber damit nicht genug: "Die eingesetzten Lebensmittel stammen zu mindestens 60 Prozent (des monetären Wareneinsatzes), bezogen auf den Gesamtwareneinsatz, aus saisonal-regionaler Produktion und regionaler Verarbeitung", heißt es in dem Kriterienkatalog. Trinkwasser darf wiederum nur als Leitungswasser in Glaskaraffen angeboten werden.

Nach Bürokratieabbau klingt das alles eher nicht, aber vielleicht könnten arbeitslose Floristen oder Sprudelhersteller künftig bei der Senatsverwaltung anheuern, um den Nachhaltigkeitspunktwert in den Anträgen auszurechnen - mindestens 300 von möglichen 930 Punkten müssen erreicht sein. Nach Angaben der Senatsverwaltung wurden bislang 17 Anträge für die Basisförderung und fünf Anträge für die Nachhaltigkeitsförderung gestellt. 10 Millionen Euro stehen insgesamt bereit, ausgezahlt werden soll das Geld nach erfolgter Veranstaltung und Prüfung des Verwendungsnachweises.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



Ihr Partner für  
Information und  
Content

# F.A.Z.-Research

## Textservice

Recherche,  
Textproduktion,  
Korrektorat,  
Illustration,  
Übersetzung

Frankfurter Allgemeine  
ARCHIV